

Zolltarif-Kommission

Weintrauben, Wein, Nüsse, Kessel, Birnen, Quitten, Aprikosen, Pfirsiche, Pflaumen, Kirschen, Erdbeeren und anderes Obst stand auf der Speisekarte der nach den Osterferien wieder versammelten Kommission für Erhaltung des Zuckerstandes. Die Mehrheit probte diese Tafelgenüsse und meinte, die Kultur habe ihre Tafel nur für die Wohlhabenden gedeckt. Sie beeilte sich deshalb, durch hohe Zölle gleichmäßig der Möglichkeit entgegenzutreten, daß minder Wohlhabende den den Zöllnern dringend antinationaler Untriebe verdächtigen Reichstanzler von dem Verdacht zu reinigen, daß er seine Reise zur Schädigung Deutschlands benutzt habe: bindende Zusagen habe er sicher nicht gemacht.

Um 5 1/2 Uhr vertagte sich die Kommission, um am folgenden Tage den Kampf gegen getrocknetes und gedörrtes Obst (Tarifposition 47) zu führen.

Die von der Kommission beschlossenen Sätze würden die Konsumenten, die Produzenten, den Handel und den Fortschritt auf dem Gebiete der Landwirtschaft erheblich schädigen. Die Debatte wurde durch Schlusssatzungen der Mehrheit abgeschnitten. Zwischendurch suchte der Staatssekretär v. Posadowsky Obst zu wohlfeilen Preisen zu erhalten, und den glücklichen Besitzern großer Landstrecken hohe Einkünfte zu garantieren. Diesem kulturwidrigen Streben kommt die Regierungsvorlage schon weit entgegen. Die Kommission ging teilweise noch über deren Sätze hinaus. Leider sträubte sie sich, überall den Vorschlägen des Freiherrn v. Wangenheim zu folgen, der beispielsweise für Aprikosen und Pfirsiche einen Zollsatz von 200 M., d. h. 500 Proz. des Wertes, vorschlug. Leider sagen wir, weil der Überwitz der Ziele der Agrarier nicht besser als durch derartige tolle Anträge augenfällig gemacht werden kann.

Die Zollkommission nahm Dienstag nach zweitägiger Pause ihre Beratungen wieder auf. Vom Bundesrat war Graf Posadowsky und Herr v. Thielmann anwesend. Bei Beginn der Sitzung machte Vorsitzender Reitz den Vorschlag, bis zum Zusammenritt des Plenums die Sitzungen vormittags 10 Uhr zu beenden und mit einer einstündigen Mittagspause bis in den Nachmittag hinein fortzusetzen. Dieser Vorschlag wurde widerspruchlos angenommen. Begonnen wurde mit der Beratung über Position 44 (Weintrauben, Weinbeeren). Die Vorlage sieht einen Zollsatz von 15 M. für frische Weintrauben, von 24 M. für gemästete, gegorene und für Weinmaische vor.

Blankenhorn (natl.) beantragt, die Diskussion über Position 44 mit der Diskussion über Position 178 (Wein und frisches Obst) zu verbinden.

Stadthagen (Soz.) widerspricht mit der Begründung, daß die Kommission sich an das Skelet der Entwürfe halten müsse.

Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) befürwortet den Antrag Blankenhorn, da eine Trennung innerlich verwandter Materien nicht angängig erscheine.

Darauf wird der Antrag Blankenhorn mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Position 178 legt auf Wein und frisches Obst von Trauben in Kisten oder Kesseln bei einem Weingeistgehalte von nicht mehr als 14 Gewichtsteilen in 100 einen Zoll von 24 M., von mehr als 14, aber nicht mehr als 20 Gewichtsteilen in 100 einen Zoll von 30 M., von mehr als 20 Gewichtsteilen in 100 einen Zoll von 160 M., sämtlich wie bisher.

Zu Position 44 beantragt Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) folgende Anmerkung: „Weintrauben, mit der Post in Sendungen von 5 Kilogramm Rohgewicht und weniger eingehend, bleiben zollfrei“, und zu Position 178 folgenden Zusatz: „Unter Überwachung der Verwendung werden rote Verschnittweine zu 50 Proz., Weine zur Cognacbereitung zu 10/15 Proz. des Zollsatzes abgelassen.“

Antrieb (Soz.) und Genossen beantragen: Weintrauben, gemästet, gegoren, Weinmaische zollfrei zu lassen; Blankenhorn (natl.) beantragt einen Zollsatz von 20 M.

Herr v. Wangenheim (kon.) beantragt für Weintrauben, frisch vom 1. Juni bis 31. Oktober 20 M., vom 1. November bis 30. Mai 150 M., Weintrauben gemästet, gegoren, Weinmaische 30 M. Zoll. Nachdem Blankenhorn (natl.) über die Petitionen referiert hatte, vertritt

v. Wangenheim (L.) seinen Antrag. Von einer näheren Begründung glaube er absehen zu können, weil unsere Weinbauern sich einmütig für die von ihm geforderten Zollsätze erklärt hätten. Am meisten werde die Zollfreiheit der in 5 Kilo-Paketen eingehenden Weintrauben sowie die Zollbegünstigung der Verschnittweine beanstandet.

Müller-Sagan (fr. Sp.) bestreitet, daß unsere Weinbauern der Ansicht Wangenheims seien. Im Rheingau denke man über die Zollsätze für Trauben ganz anders als der Bund der Landwirte. Vor allem lege man Wert darauf, den deutschen Rotwein, welcher an sich nicht marktfähig ist, durch Beimischung fremder Trauben oder durch Verschnitt mit fremdem Wein in Farbe und Geschmack dem Bedarf des Marktes entsprechend zu gestalten. Durch die zollfreie Einfuhr von Trauben in 5 Kilo-Paketen werde dem Bedarf des Publikums entsprochen, ohne daß die heimische Erzeugung dadurch geschädigt werde.

Antrieb (Soz.): Die Regierung hat mit der Vorlage den Wünschen der Weinagrarier entsprochen. Die Preise für gute deutsche Rotweine sind gestiegen. Die Besitzer guter Lagen wollen höhere Preise, aber die kleinen Weinbauern, die ihr Produkt nur in Verbindung mit ausländischen Trauben vertreiben können, werden durch den Zoll geschädigt. Die Traubenkulturen werden immer mehr angewendet und gelten bei vielen Krankheiten als einziges Heilmittel. Diese Auren solle man nicht zu einem Privilegium für die Reichen machen. Das ganze Volk hat ein Interesse daran, daß alles geteilt wird, um die Volksgesundheit zu heben. Verwerflich ist die Staffelung des Zollsatzes nach Weingeistgehalt. Die teuersten Vorbehalte bleiben unter der Grenze von 20 Prozent, während die billigen italienischen Weine darüber hinweggehen. Der Satz von 160 Mark richtet sich also direkt gegen Italien und begünstigt Frankreich. Italien ist ein Land, mit welchem wir Handelsverträge haben müssen. Die Forderungen Wangenheims lägen mir im Interesse der großen Weinproduzenten. Die kleinen Weinbauern, welche geringere Weine produzieren, seien vielfach auf den Verschnitt angewiesen.

Wallenborn (L.) wendet sich gegen die Ausführungen von Müller-Sagan und Antrieb.

Dr. Eräger (fr. Sp.): Zu einer Zollhöhung für frische Trauben liege gar keine Veranlassung vor. Trauben dürften auf keinen Fall ein Luxusartikel werden.

Staatssekretär v. Fischer verteidigt die Sätze der Novelle und erklärt, daß als frische Traube alles gelten solle, was noch sämtliche Teile Stämme, Äste usw. enthalte; alles andere sei als Most oder Maische zu verzeihen. Ob später bei Handelsverträgen die Vergünstigung der 5 Kilo-Pakete gewährt werden soll, wird erst bei den Verhandlungen über die Handelsverträge zu untersuchen sein. Es ist ja möglich, daß die Postpakete wieder freigegeben werden, aber in den Zolltarif darf man solche Zollfreiheit nicht hineinlegen. Der Antrag Blankenhorn für gerastelte Trauben 30 M. zu nehmen, bringt eine so hohe Belastung, daß die Einfuhr dieser Trauben unmöglich wird.

Blankenhorn (natl.): Die Sätze des Tarifes sind so, daß die Weinbauern damit zufrieden sein können, aber man muß verhindern, daß diese Sätze durch Handelsverträge wieder herabgesetzt werden. Es müssen deshalb höhere Sätze eingestellt werden, damit man bei Handelsverträgen auf die jetzt genannten Tarifsätze zurückgehen kann. Den Staatssekretär bitte er um Auskunft, ob es war sei, daß Graf Bülow in Venedig mit Prinetti bereits bindende Abmachungen bezüglich des Handelsvertrages getroffen habe.

Mein Antrag will der Regierung also ein Kampfmittel an die Hand geben. Wenn man nicht höhere Zollsätze in den Tarif einstellt, dann können gar keine Handelsverträge zu Stande kommen. (Auf links: Nur keine Verdeckte-Handelsverträge! Weiter links.)

Staatssekretär v. Fischer ergänzt seine früheren Ausführungen dahin, daß eine Unterscheidung zwischen Tafeltrauben und Kellertrauben tarifmäßig nicht durchführbar sei.

Staatssekretär Graf Posadowsky bestreitet, daß in der Unterhaltung des Grafen Bülow mit Minister Prinetti irgendwelche verbindende Zugeständnisse in Bezug auf den Handelsvertrag in Frage gekommen seien. Graf Bülow habe keine Zusagen gemacht, sondern nur Fühlung genommen. Verbindende Zugeständnisse könnten erst in Frage kommen, wenn der Tarif endgültig ausgestaltet sei. Uebrigens habe der deutsche Weinbau in seiner Fläche nicht abgenommen unter der Wirkung der Handelsverträge. Das gerade Gegenteil sei der Fall. Der Mehreingang von Verschnittweinen sei daher mir auf den Umstand zurückzuführen, daß der Weingeist im Weidengebiet „populärisiert“ sei. Deutschlands Rotweinbau könne nicht künstlich durch einen Erzeugungszoll auf den deutschen Rotweingeschmack gehoben werden. Durch Verschnittweine könne der deutsche Rotwein veräußert gemacht werden. Es sei politisch im höchsten Maße verfehlt, in den Tarif Sätze einzustellen, die über die Bedürfnisse der eignen Volkswirtschaft erheblich hinausgingen. Durch solche enorme autonome Tarifsätze, wie sie in einzelnen Anträgen begehrt würden, stelle sich das Deutsche Reich nach außen hin in ein schiefes Licht. Es entstehe der Verdacht, als seien die autonomen Tarifsätze überhaupt nicht ernst zu nehmen. Aber auch innerpolitisch seien überlebende Zollsätze höchst bedenklich, denn sie erwecken in den Kreisen der Interessenten das Mißtrauen, als ob die Regierung sich die Vertretung der heimischen Erzeugung nicht genügend angelegen sein lasse, wenn sie zu niedrigeren Zollsätzen nachher Verträge schloße. Die Zollsätze für Tafeltrauben, welche beantragt seien, verschieben sich ja bis zu einer Höhe von 500 Proz. des Wertes. Da eine solche Zollhöhe nimmermehr erreicht werden könne, würde es nachher heißen: „Es freihen die Berge und geboren wird eine lächerliche Maus.“

Graf Kanig (L.) erklärt, ihm sei das ganze Niveau des Tarifs viel zu niedrig. Er lasse zu wenig Spielraum für Konzessionen. Darunter werde natürlich die heimische Erzeugung zu leiden haben, weil die Konzessionen sich alsdann auf Gebiete erstrecken, von denen sie ausgeschlossen bleiben müssen.

Das Blankenhorns Annahme anbetreffend bezüglich der Abmachungen zwischen dem Grafen Bülow und Prinetti, so sei sie doch nicht unsubstanzvoll, wie sie Graf Posadowsky darzustellen beliebt habe. Im Hintergrunde stehe doch die Erklärung, die Staatssekretär Herr v. Blüthner bei den Verhandlungen über die Zollsätze auf frisches Gemüse abgegeben habe.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wurde mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Dann trat die einstündige Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Nach weiteren Ausführungen von Müller-Sagan und Blankenhorn wird die Debatte geschlossen.

Zu der Abstimmung wird der Antrag Wangenheim (20 Mark auf frische Trauben) abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wird ein inzwischen eingegangener Antrag Eräger (fr. Sp.), Tafeltrauben mit 4 Mark, andre Trauben mit 10 Mark Zoll zu delegen.

Der Antrag Wallenborn, Zoll von 20 M. auf Trauben ohne Unterscheidung ob Tafel- oder Kellertrauben, wird angenommen.

Der Antrag Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), durch eine Anmerkung die 5 Kilo-Pakete mit Trauben zollfrei zu lassen, wird abgelehnt.

Der Antrag Wangenheim (Zoll von 30 M. für Weintrauben, gemästet, gegoren, Weinmaische) wird ebenfalls abgelehnt mit 13 gegen 12 Stimmen.

Die Regierungsvorlage wird angenommen mit folgender Anmerkung des Abg. Blankenhorn (natl.): „Als Weinmaische alle eingekampften oder eingekapfelten Weintrauben anzusehen und zu verzollen, auch wenn eine Gärung noch nicht oder nur teilweise eingetreten ist.“

Es folgt Position 45 (Nüsse). Die Regierungsvorlage sieht wie bisher einen Zoll von 4 M. vor.

Bebel (Soz.) weist darauf hin, daß, obwohl in Deutschland der Kubbau in großem Umfang betrieben werden könnte, die Ernte in Nüssen bei uns in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Der Grund sei wohl darin zu suchen, daß der Kubbau wertvolles Holz liefert. Das Kubbauholz werde zu Gewerkschaften verarbeitet. Mit den gesteigerten Ansprüchen der Armer sei die Nachfrage nach Kubbauholz so gestiegen, daß in einzelnen Gegenden eine förmliche Devastierung stattgefunden und dieser unsterilisch schönste Baum Deutschlands fast ausgerottet sei.

Die Position 45 (Nüsse) wird unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Position 46 betrifft andres frisches Obst, das bisher zollfrei war. Kessel, Birnen, Quitten sollen unverpackt, aber nur in Säcken zollfrei bleiben, ebenso Hagebutten und Schalen. In anderer Verpackung sollen Kessel, Birnen, Quitten 6 M. Zoll tragen. Für Aprikosen und Pfirsiche werden 8 M. Zoll, für Pflaumen aller Art, Kirschen, Weichseln, Hagebutten 2 M. Zoll, für Erdbeeren 15 M. festgesetzt, während Himbeeren, Johannisbeeren, Stachelbeeren, Brombeeren, Heidelbeeren, Preiselbeeren und sonstige Beeren zollfrei bleiben sollen.

v. Wangenheim (L.) beantragt, unverpackte Kessel, Birnen, Quitten nur vom 1. Oktober bis 15. November zollfrei zu lassen, vom 16. November aber bis zum 30. September mit einem Zoll von 2,50 M. zu delegen. Verpackt sollen diese Obstsorten 20 M. Zoll tragen. Für Aprikosen und Pfirsiche soll vom 1. März bis 31. Juli ein Zoll von 200 M., in den übrigen Monaten von 25 M. erhoben werden. Pflaumen aller Art sollen 6 M., Hagebutten, Schalen usw. 3 M., Erdbeeren vom 1. März bis 30. Juni 100 M., vom 1. Juli bis Ende Februar 20 M., Himbeeren, Johannisbeeren 10 M., Stachelbeeren und die übrigen Beerenarten 5 M. Zoll tragen.

Graf v. Oriola beantragt für Kessel, Birnen, Quitten, unverpackt in Schiffs- oder Wagenladungen ohne Fristbestimmung 2,50 M., eventuell bei Verwendung für Apfelwein- und Weinmost vom 1. Oktober bis 15. November 1,50 M.

Es wird beschlossen, die Diskussion auch auf Position 47 auszuweihen, die die Sätze für getrocknetes Obst (bisheriger Zoll 4 Mark) festsetzt: Für Kessel und Birnen auf 8 M., für Aprikosen und Pfirsiche 10 M., für Pflaumen, unverpackt oder nur in Kisten oder Säcken, bei mindestens 80 Kilogramm Rohgewicht 5 M., für Pflaumen in anderer Verpackung 10 M. und für anderes getrocknetes Obst 8 M.

Antrieb (Soz.) berichtet über die Petitionen.

Herr v. Wangenheim (L.) begründet seinen Antrag, indem er darauf hinweist, daß der heimische Obstbau unter dem Wettbewerb der ausländischen Einfuhr schwer zu leiden habe.

Graf Oriola (natl.) weist darauf hin, daß an Stelle des externen Obstbaues mehr und mehr der intensive getreten sei. Bedner legt des näheren dar, wie der heimische Obstbauer allmählich sich zu einer höheren Oberzeugung emporgearbeitet hätte und wünscht durch Schutz dieser Betriebe der heimischen Obstkultur weitere Förderung angedeihen zu lassen.

Württembergischer Ministerialdirektor v. Schneider bekämpft vom Standpunkt der württembergischen Obstproduktion und Obstkonsumtion auf das nachdrücklichste die Anträge v. Wangenheim und Graf Oriola. Der Obstmost sei schwäbischer Nationalgetränk, das dem Volke auf keinen Fall verteuert werden dürfe, wenn nicht große Unzufriedenheit in die breiten Massen hineingetragen werden solle. Der Obstbau sche in Schwaben in hoher Blüte. Die Zahl der Obstbäume nehme von Jahr zu Jahr zu. Trotzdem könnte aber das Land seinen Bedarf an Mostobst selbst nicht decken. Schon wegen des Schwankens der Ernte-Erträge bedürfte es vielmehr fremder Zufuhr. Wenn in schlechten Jahren das Ausland nicht ausbelfe, sei die Mosterzeugung überhaupt nicht im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten. Im Durchschnitt verbraucht Württem-

berg 400 000 Doppelcentner ausländisches Obst. Da zu einem Hektoliter Most ungefähr 150 Kilo Obst nötig sind, würde ein Zoll von 2,50 M. den Hektoliter um 3,75 M. verteuern. Ein solch exportfähiger Obstzoll sei daher für Württemberg unannehmbar. Sämtliche schwäbischen Obstintereffenten, auch aus den Kreisen der Landwirtschaft hätten sich einmütig gegen jeden Obstzoll erklärt. Es sei zu beachten, daß der Mostgenuß dem Schnapsgenuß mit Erfolg den Boden streitig macht. Die rauhe Alb sei durch den Most dem Schnaps abgeronnen worden.

Beheimrat van der Borcht erklärt, daß außerhalb Württembergs Beständen gegen die Beschränkung der Zollfreiheit des Mostobstes die ernstesten Bedenken. Der sächsische Kulturrat habe den gleichen Standpunkt vertreten wie der württembergische Landwirtschaftsverband. In Säden komme auch das Obst des armen Mannes über die Grenze. Das Obst in Säden dürfte deshalb nicht durch Schutzzölle belastet werden. Schon ein Zollsatz von 2,50 Mark bedeute in manchen Jahren eine Wertbelastung von 70 Proz.

Bebel (Soz.): Unreife Obstefuhr ist gestiegen, weil unsere Landwirtschaft die Obstkultur in unverantwortlicher Weise vernachlässigt hat. Wenn es in letzter Zeit auch etwas besser geworden ist, so werden wir doch unseren Obstbedarf noch auf Jahre hinaus nicht allein decken können. Es fehlt an einem hinreichenden Austausch zwischen Obstreichem und Obstarmen Gegenden; dazu könnten billige Frachten und Kanäle helfen. Deutschland sollte hier von den Erfolgen der amerikanischen Obstkultur lernen. Der 8 Markzoll für verpackte Kessel richte sich hauptsächlich gegen Amerika, dessen Obst in Deutschland oft zu Preisen zu haben war, die auch Arbeiter bezahnen konnten. Die deutsche Landwirtschaft sollte rationaler wirtschaften lernen und Obstverkaufer-Genossenschaften bilden. Das würde ihr mehr helfen, als der Zoll. Der Zoll für verpacktes Obst könne der deutschen Rederei sehr schaden, denn die amerikanischen Exporteure könnten statt der Hamburger und Bremer Schiffe holländische und belgische Schiffe benutzen. Von Belgien oder Holland könne das Obst dann in Säcken oder lose in Schiffen nach Deutschland eingeführt werden. Auch der Beerenaubau könne bei rationellem Betriebe gute Erträge liefern. Versuche haben ergeben, daß mit Beeren ein Nettoertrag von 2000 M. pro Hektar zu erzielen ist.

v. Kardorff (Sp.) bestreitet, daß die Obstkultur daniederliege. Sonst seien die Sozialdemokraten doch Gegner aller Genossenschaften. (Widerspruch links.) Die Behauptung, daß der Mostgenuß dem Schnapsgenuß Abbruch tue, treffe für Württemberg keineswegs zu. Württemberg habe die durstigste Bevölkerung im Reiche.

Mollenbühr (Soz.) bestreitet, daß die Sozialdemokraten Gegner der Genossenschaften seien. Das gerade Gegenteil treffe zu. Sie wollten nur nicht Genossenschaften, welche die Allgemeinheit ausbeuten. Bedner legt sodann dar, wie erprießlich der Obstgenuß für die Gesundheit sei, auch insofern, als er dem Alkohol entgegenwirke. Durch den Apfelzoll werde in Amerika große Verwirrung erregt werden, die die angeblichen Erfolge der Reise des Prinzen Heinrich wieder ausheben würde.

Nachdem der Vorsitzende Reitz mitgeteilt hat, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen sei, gibt er bekannt, daß Herold (L.) noch einen weiteren Antrag zur Sache eingebracht habe. Derselbe will auf Erdbeeren einen Zollsatz von 20 M., auf Himbeeren z. einen solchen von 5 M. legen. Gegen die Einbringung dieses Antrages wird von der Linken protestiert.

Die Debatte wird geschlossen.

Herr v. Wangenheim zieht seine Anträge zu dem Zollsatz von Kessel, Birnen und Quitten zu Gunsten der Anträge Oriola zurück.

In acht Abstimmungen wird schließlich unter Ablehnung aller anderen Anträge zu „Kessel, Birnen und Quitten“ beschlossen, nur außerhalb der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November, für welche Zollfreiheit herrscht, einen Zollsatz von 2,50 M. zu erheben für unverpackte Kessel, Birnen, Quitten in Schiffs- oder Wagenladungen. Für verpackte Kessel, Birnen und Quitten wird auf Antrag Reiboldt ein Zollsatz von 10 M. festgesetzt. — Der Antrag Wangenheim, auf Aprikosen und Pfirsiche einen Zoll von 200 M. zu legen, wird abgelehnt und nach der Vorlage ein Satz von 8 M. beschlossen. Für Pflaumen, Kirschen, Weichseln, Hagebutten wird auf Antrag Wangenheim der Satz der Vorlage von 2 auf 6 M. erhöht. Für Hagebutten und Schalen wird entgegen dem Antrag Wangenheim, einen Zoll von 3 M. einzusetzen, nach der Vorlage Zollfreiheit bewilligt.

Als der Vorsitzende Reitz nunmehr über den verspätet eingegangenen Antrag Herold abstimmen lassen will, erhebt sich Widerspruch, der zu einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte führt. Ihr Ergebnis ist, daß über die einzelnen Teile des für Beerenobst gestellten Antrags Wangenheim getrennt abgestimmt wird. Die im Antrag Wangenheim enthaltenen Fristbestimmungen werden abgelehnt, für Erdbeeren wird ein Zollsatz von 20 M. anstatt der von Wangenheim beantragten 100 M. festgesetzt. In ähnlicher Weise wird der Zoll für Himbeeren, Johannisbeeren, Preiselbeeren auf 5 M. festgesetzt, im Gegensatz zur Regierungsvorlage, die Zollfreiheit gewährt hatte.

Darauf vertagt sich die Kommission, nachdem sie beschlossen, am Samstagabend keine Sitzung abzuhalten, auf Mittwoch 10 Uhr.

Der Abg. Wallenborn (L.) hatte geschäftsordnungsmäßig eine Einladung zu einer Probe deutschen Rotweins ergehen lassen, die einen Teil der Kommissionsmitglieder noch länger zusammenhielt!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. April.

Der Weltgeneralstimmus a. D.

feiert seinen stiftlichen Geburtstag. In Hannover fand bereits Montagabend ein Festmahl statt, das die Behörden der Stadt Hannover zu Ehren des Jubilars veranstaltet hatten. Waldersee hielt bei dieser Gelegenheit natürlich auch wieder eine Rede, aus der eine Stelle Erwähnung verdient, in der der ehemalige Oberstkommandierende in China seine dort über das chinesische Volk gesammelten Erfahrungen mit anerkennenswerter Offenheit zum besten gibt. Die Stelle lautete:

„Ich habe mit allen großen Nationen der Welt privatim und amtlich in Beziehung gestanden, habe auch mit diesem wunderbaren Volk der Chinesen, das niemand recht verstanden hat, amtlich und privatim verkehren können, und darum war ich auch nach Kräften bemüht, es zu studieren und kennen zu lernen. Aber ich bin mit der Uebersetzung gescheitert, daß ich darin nicht weit gekommen bin, und mit der ferneren Uebersetzung, daß alle sogenannten Kenner Chinas China gar nicht kennen.“

Es ist ja sehr löblich, daß Waldersee sich in China auch ethnologischen Studien gewidmet hat, was man eigentlich bei seiner eifrigen militärisch-organisatorischen Tätigkeit und seinem Interesse für den Kavalliersport — Waldersee war ja Ehrenvorsitzender des in Peking etablierten internationalen Renn- und Sportklubs — gar nicht hätte glauben sollen. Es mag ihm auch gern geglaubt werden, daß seine Studien ein so unbefriedigend negatives Resultat gehabt haben, wenn es auch nicht klar ist, ob an dieser Erfolglosigkeit eine verfehlte Methode des Studiums schuld ist.

Wenn aber Waldersee beim Verlassen Chinas noch keine klaffe Meinung von dem eigentlichen Charakter des chinesischen Volkes und seinen staatlichen und ökonomischen Einrichtungen besaß, so ist es doppelt bewundernswürdig, mit welchem Schneid er unmittelbar nach seiner Ankunft an die Lösung eines so schwierigen Problems heranging, wie es die Herileitung geordneter Zustände in dem repositionär aufgewühlten Lande darstellte! Nicht nur, daß er die Vorergebnisse in ein billiges System brachte; wäre es nach seinem Willen gegangen, so würde er seine Expeditionen weit über die Grenzen der Provinz Petchili hinaus ausgedehnt und das ganze, ihm doch so total rätselhafte Niefenreich in Aufrubr gebracht haben. Denn war auch der

lehte Vorstoß von Pootingsu aus gegen die chinesische Mauer unmittelbar vor dem Friedensschluß auf eine Berliner Antreibung hin erfolgt, so ist doch jetzt sogar in einer offiziellen Schrift über den Chinesenfeldzug das Eingeständnis gemacht worden, daß Waldersees abenteuerliche Abfahrt, eine Expedition gegen Singanfu zu unternehmen, tatsächlich beabsichtigt hat und nur an dem Widerstand der übrigen Mächte gescheitert ist!

Vielleicht hat freilich Waldersee aus diesen abenteuerlichen Zug hauptsächlich im Interesse seines China-Studiums unternommen wollen. Ein Glück nur, daß ihm diese Studienreise bereitet wurde. Die China-Studien Waldersees sind uns sowieso schon kostspielig genug geworden.

Unentwegter Kuhhandel. Die „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt, daß es den Agrariern gar nicht einfallt, schon jetzt die Hollarbeit aufzugeben. Vielmehr werde man den „unannehmbaren“ Entwurf der Regierung ruhig weiterberaten. Erst nach der ersten Beratung des gesamten Tarifs werde die Entscheidung fallen.

Man will also bis zum letzten Augenblick an dem Erfolg der Kuhhandelspolitik arbeiten. Die Unterhaltung soll aber durch einige „kritische Tage“ gewürzt werden. So müßte das Blatt an: „Den nächsten belandert kritischen Punkt werden die Vieh-zölle bilden. Hier kann und wird es vielleicht zu einer grundsätzlichen Aussprache kommen, und von dieser Aussprache kann manches, vielleicht vieles abhängen. Sollten die verbündeten Regierungen auf dem offiziell verkündeten Standpunkte stehen bleiben, doch ausreichende Rindeszölle für Vieh unbedingt abzulehnen seien, so dürfte das Urteil über den Tarif gesprochen sein; er hat dann keine Aussicht auf Annahme.“

Das klingt alles höchst trozig. Aber man Kuhhandelt nicht so ausführlich, wenn man die Kuh nicht schließlich doch haben will.

Die Ferienreise Posadowskys ist offenbar nur eine Casspielerei gewesen, auf der der Staatssekretär in allen Residieren mit den verschiedenen einheimischen regierenden Theater-Ensembles als berühmter „Mauerweller“ die große Heldentragödie „Unannehmbar“ gemalt hat.

So soll auch die „Unannehmbarkeit“ der Anträge Heim auf Verwendung der Zoll-Mehrerträge für Arbeiter-Biwenpensionen festgesetzt sein.

Das glauben wir gern. Die Regierung braucht die Zollerträge für Militär und Flotte. Und das Centrum hat selbst niemals an den Humpen geglaubt, durch den sie die Arbeiter über den Zollwucher zu täuschen hoffte.

Lieber, von dem die Offiziösen jetzt behaupten, daß die Geschichte von seiner Ministerzeit nur eine Einbildung seiner Eitelkeit gewesen sei, hat sich in der That allezeit sehr wichtig genommen. Das geht auch daraus hervor, daß er Memoiren hinterlassen hat.

Vielleicht giebt sie das Centrum unter dem Titel: „Aus der Praxis des Kuhhandels“ heraus.

Die Eibinger Wahlrechnung scheint nicht zu stimmen. Nach den amtlichen Ziffern hat der konservative Kandidat 5 Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten. Nun sind aber 62 Stimmen für ungültig erklärt worden. Die Kommission zur Feststellung des Wahlergebnisses in Marienburg hat, wie die „Freisinnige Zeitung“ berichtet, ihre Befugnisse überschritten, indem sie eine Nachprüfung dieser Stimmzettel vornahm. Sie hat dabei 9 Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten und einen für den national-liberalen Kandidaten für gültig erklärt, aber wie es scheint, bei der Abzählung der Stimmen diese Stimmen nicht in Berechnung gebracht. Geht es legeres, so würde der konservative Kandidat gerade die absolute Mehrheit erlangt haben. Ungezweifelhaft aber sind noch andere Stimmzettel gültig, die von den Wahlvorständen für ungültig erklärt worden sind. So sind Zettel für ungültig erklärt worden, weil auf denselben nur der Name „König“ (des sozialdemokratischen Kandidaten) steht, nicht „Kaufmann König“, und ebenso ein Zettel, auf dem nur der Name „Wagner“ stand. Dagegen sind gültig erklärt worden Zettel, auf denen der Name „v. Oldenburg“ stand.

Danach würde der Reichstag die Wahl für ungültig erklären.

Im Scharfmacher-Schwindel über die Fei-Stiftung wird uns aus Jena telegraphiert: Eine imposante, im großen Saale Jenas stattgefundene Versammlung der gesamten Arbeiterschaft der Firma Karl Fei protestierte energisch gegen die in der jüngsten Zeit von der bürgerlichen Presse verbreiteten Verdächtigungen der Feischen Arbeiterschaft und erklärte sich solidarisch mit ihrem bewährten Vorkämpfer auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, dem Leiter der Karl Fei-Stiftung, Professor Abbe.

Polenverfolgung. Auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung zum Klassenhaß) wurde der Redacteur Wrejki vom Wochener „Kurieren“ „Marus Polski“ zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die „Aufreizung“ soll in dem Wrejki verbreiteten altbekannten polnischen Nationalliedern enthalten sein. In seiner Verteidigungsrede sagte W., konsequenterweise müsse man auch „Wilhelm Tell“ und „Die Jungfrau von Orleans“ konfiszieren, da auch sie zur Vaterlandsliebe und zum Kampf gegen die Fremdherrschaft „aufreizen“.

Hinter verschlossenen Thüren. Der Lieutenant Gräbel von der in Gernersheim garnisonierenden Abteilung des 2. Trainsbataillons (bayerisches) hatte sich vor dem Kriegsgericht der 4. Division in Würzburg wegen Mißhandlung Untergebener zu verantworten. Die Verhandlung fand, da eine „Verschönerung des dienstlichen Interesses“ befürchtet wurde, hinter verschlossenen Thüren statt. Durch die Beweisnahme wurden mehrere Fälle von Soldaten-mißhandlungen erwiesen. Das Kriegsgericht verurteilte infolge dessen den Lieutenant zu einer Strafe von zweiundvierzig Tagen Stubenarrest. Die Öffentlichkeit blieb auch während der Verhandlung der Urteilsbegründung ausgeschlossen.

Ausland.

Das kommende Budget.

Nächsten Montag, den 7. April, schließen die Osterferien ab, worauf das Parlament wohl zu einer seiner wichtigsten Sitzungsperioden zusammentreten wird. Die Wichtigkeit dieser Sitzungsperiode besteht in der Einbringung und Beratung des Budgets für das Finanzjahr 1902/3, das einen entscheidenden Schritt zum Schatzsystem und somit einen Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte Englands bedeuten kann. In politischen Kreisen wird mit einer solchen Möglichkeit wohl gerechnet.

Der Ausgabenvoranschlag ist bereits seit drei Wochen vollständig bekannt. Die einzelnen Positionen sind dem Parlamente im Laufe der letzten drei Monate zugetragen. Und da die Einnahmen auf Grund des letzten, am 31. März abgeschlossenen Finanzjahres 1901/2 berechnet werden, so läßt sich das kommende Budget jetzt mit ziemlicher Genauigkeit feststellen.

Folgende Tabelle zeigt den Ausgabenvoranschlag, verglichen mit dem des Vorjahres, wobei auch Zunahme (+) und Abnahme (-) gegeben sind:

	1902-3	1901-2	Zu- oder Abnahme in Pfund Sterling
Armee (ordentliche)	29 810 000	29 685 000	- 125 000
Armee (Krieg)	40 000 000	39 280 000	+ 720 000
Flotte	31 256 000	30 876 000	+ 380 000
Staatsdienst	26 448 000	30 617 000	- 4 169 000
Steuerverwaltung	3 089 000	2 930 000	+ 159 000
Post	9 762 000	9 823 000	- 61 000
Telegraphen	4 211 000	4 635 000	- 424 000
Walddienst	779 000	781 000	- 2 000
Konsolidierter Fonds	25 000 000	24 400 000	+ 600 000
Zusammen	169 805 000	195 877 000	- 26 072 000

Im konsolidierten Fonds sind eingeschlossen die Pensionsleistungen für die Hinterbliebenen der Staatsbeamten, für die Zivilisten und für die Justizverwaltung.

Aus dem herabgesetzten Voranschlag für den südafrikanischen Krieg geht hervor, daß die Regierung den Frieden etwa gegen das Ende des laufenden Jahres erwartet.

Was die ordentlichen Ausgaben betrifft, so zeigt sich, daß beinahe die Hälfte derselben auf Armee und Flotte entfällt. Das Wachstum dieser Ausgaben (für Kriegszwecke) wies sich in den letzten vierzig Jahren folgendermaßen: Im Finanzjahre 1861/1862 betrug sie 28 168 911 Pf. Sterl., 1871/1872: 25 762 066, 1881/1882: 28 168 038, 1891/1892: 31 750 000, 1901-1902: 60 561 000 Pf. Sterl. Und wie Sir Robert Giffen kürzlich in der Statistischen Gesellschaft ausführte, müsse England sich auf eine ordentliche Armee- und Flottenausgabe von circa 80 Millionen Pfund Sterling jährlich gefaßt machen.

Diesem Ausgaben-Voranschlag von rund 170 Millionen steht gegenüber eine Einnahme von rund 143 Millionen. Das Budget 1901/2 konnte ursprünglich nur auf eine Einnahme von rund 132 Millionen rechnen. Aber die Erhöhung der Einkommensteuer, die Einführung einer Zuckersteuer und des Kohlenexportzollses ergeben ungefähr 11 Millionen. Die Einnahmen im letzten Finanzjahre, verglichen mit denen im Jahre 1900/1 stellen sich wie folgt:

	1901/2	Zu- oder Abnahme gegen 1900/1901 in Pfund Sterling
Zölle	30 993 000	+ 4 731 000
Accise (Spirituosen)	31 600 000	- 1 500 000
Erbischaftsteuer	14 200 000	+ 1 220 000
Einkommensteuer	34 800 000	+ 7 880 000
Stempel	7 800 000	- 25 000
Loten- und Hanssteuer	2 500 000	+ 25 000
Post	14 300 000	+ 500 000
Telegraphen	3 400 000	+ 40 000
Domänen	475 000	- 45 000
Suez-Kanal-Aktien	869 633	+ 39 558
Verchiedenes	1 990 366	- 252 243
Zusammen	142 907 999	+ 12 518 315

Verglichen mit dem Steuerhellen des europäischen Kontinents ist das Steuerhellen Englands geradezu ein Muster eines progressiven Staates. Mit Ausnahme der Accise und mancher Zölle fällt die Hauptlast der Besteuerung auf die besitzenden Klassen. Besonders merkwürdig ist die Entwicklung der Einkommensteuer. Sie wurde temporär von Pitt im Jahre 1798 eingeführt, um Geldmittel zum Kampfe gegen Napoleon zu schaffen. Nach Schluß des Krieges wurde sie im Jahre 1816 abgeschafft. Im Jahre 1842 wurde sie von Peel als Einkunft der Freihandelsära wieder eingeführt und blieb seitdem als fester Bestandteil des Etats. Im Finanzjahre 1842/43 brachte die Einkommensteuer 5 405 161 Pf. Sterl.; 1852/53: 5 670 030; 1862/63: 10 781 073; 1872/73: 6 994 353; 1882/83: 12 758 661; 1892/93: 13 489 800; 1902/03: 34 800 000 Pf. Sterl. Die Entwicklung der Erbschaftsteuer datiert aus dem letzten Jahrzehnt und ist im großen ganzen das Werk des liberalen Staatsmannes Sir William Harcourt. Aber auch die Spur Disraelis ist in den Einnahmen bemerkbar. Auf seine Veranlassung wurden in den sechziger Jahren die Suez-Kanal-Aktien angekauft, die im letzten Jahre dem Staate einen Profit von rund 17,5 Millionen Mark einbrachten.

Das kommende Budget zeigt also eine Ausgabe von rund 170 Millionen und eine Einnahme von rund 143 Mill. Pf. Sterl. Der Schatzkanzler Sir Michael Hicks-Beach wird demnach für die Deckung eines Defizits von 26 bis 27 Millionen zu sorgen haben. Neue Einnahmequellen dürften im Rahmen des herrschenden Finanzsystems nicht leicht zu entdecken sein. Die Krise hat ihren Höhepunkt überschritten. Noch im vorigen Jahre erklärte der Schatzkanzler, daß die Grenze einer profitablen Besteuerung der Spirituosen erreicht sei. Preissteigende Renditen im Zuckergeschäft wurden durch die Verschlässe der Vrißeler Konferenz unmöglich gemacht. An eine Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftsteuer ist nicht zu denken. Hierzu kommt, daß der Voranschlag der Kriegsausgaben keineswegs als definitiv betrachtet werden kann.

Dem Schatzkanzler stehen also nur zwei Wege offen: entweder eine Anleihe oder einen entscheidenden Angriff auf den Freihandel vorzuschlagen. Einflußreiche Finanzschriftsteller wie Giffen und sein Anhänger in den „Times“, „Economic Journal“ etc. plädieren für einen Zoll auf Getreide, Eier und Holz. Nur wenige Blätter haben sich dagegen ausgesprochen. So z. B. der „Speaker“, dessen Einfluß ein ganz minimaler ist, während die Monatszeitschriften der Schatzkanzler teils verteidigen, teils als ein notwendiges Übel beklagen. Demnach würde der Schatzkanzler mit einem Schatzbudget auf einen ersten parlamentarischen Widerstand stoßen. Soweit hat der Imperialismus die englische Nation gebracht. Erst jetzt werden die Tendenzen der letzten Jahre zu fassen, die sich dem öffentlichen Leben immer stärker aufdrängen. Die Wiederaufnahme des Schatzzolls ist nur eine Frage der Zeit. Daraus erklärt sich die Spannung, mit der man diesmal die Finanzbill erwartet. Wird sie einen Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte Englands bedeuten? Wie Sir Michael Hicks-Beach den Mut haben, der imperialistischen Politik eine imperialistische Finanz zu geben?

Die Antwort auf diese Fragen wird in den nächsten Tagen erfolgen.

London, 8. April. „Daily Chron.“ meldet, daß die Zollbehörden gestern, offenbar im Hinblick auf Maßnahmen, die das bevorstehende Budget vorschlagen werde, begonnen haben, den freien Eingang unbesteuerteter Waren in die Niederlagen zu verweigern. Die Zurückweisung von Butter, Del und Glas habe in den Hafenstädten im Norden große Erregung hervorgerufen, und man sehe dort Zölle auf Del und Bauholz als unvermeidlich an. Die Liverpooler „Daily Post“ berichtet, daß in analoger Weise die dortigen Behörden die freie Einfuhr von Zucker nach den Niederlagen ausgesetzt haben, und daß dies zu Gerüchten von bevorstehender Erhöhung der Zuckergebühren geführt habe.

London, 8. April. (W. L. B.) Eine heute an die Zollbehörden in allen Häfen gerichtete besondere Verfügung untersagt die Erteilung der gewöhnlichen Einfuhrerlaubnis für alle Schiffe, welche mit zollfreien Waren einlaufen. Die Verfügung betrifft nicht allein Bauholz, sondern alle Waren, welche jetzt zollfrei sind. Man vermutet, daß der Zweck dieser Verfügung ist, die Geheimhaltung der Pläne des Schatzkanzlers zu sichern.

Oesterreich-Ungarn.

Die preussischen Polenausweisungen. Wien, 8. April. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses beantwortete der Ministerpräsident die Interpellation Janowski über die Ausweisung polnischer Studenten von preussischen Unterrichtsanstalten dahin, daß vor einiger Zeit 34 junge Leute, zumeist Hörer der Berliner Universität und der Technischen Hochschule in Charlottenburg, durch eine Polizeiverfügung aus Preußen deshalb ausgewiesen wurden, weil sie erweisenmache unzulässigen Verbindungen angehörten. Von den Ausgewiesenen waren übrigens nur fünf österreichische Unterthanen. Es war also bei dieser Sachlage ein Anlaß zur Einleitung irgend welcher weiteren Schritte nicht gegeben.

Frankreich.

Das „Programm“ der Progressiven. Paris, 6. April. (Fig. Ver.) Das Programm der Progressiven — so nennt der in dieser Beziehung kompetente „Temps“ den soeben veröffentlichten mit 63 Unterschriften versehenen Wahlantrag der melinistischen Senatsfraktion. Was enthält nun dieser adäquate Ausdruck der politischen Bestimmung der französischen republikanischen oder „muh-republikanischen“ Bourgeoisie? Eine Kriegserklärung an den Kollektivismus im Namen der Freiheiten, die uns und die Revolution von 1789 vermachte hat; eine Phrase über die „Oberhoheit der Civil-

gewalt“, die mit der „Wahrung vor der Gewissensfreiheit“, der menschlichen Parole des Liberalismus, verknüpft wird; die Ablehnung von Arbeiterschutzgesetzen namens des „Rechts auf Arbeit“ und der Interessen der Arbeiter selbst; als einzige Sozialreform die „Ernunterung“ der freiwilligen Gegenseitigkeit, Solidarität, und Unterstützungswerke; eine Heiligklärung des Privateigentums, der „Frucht angehäufte Arbeit“; das Streben nach Annäherung und gegenseitigem Vertrauen zwischen Kapital und Arbeit; als einzige Reform den Wunsch nach einer gerechteren Steuerverteilung, die aber von jedem „inquisitorischen“ Vorgehen frei bleiben muß, d. h. keine Steuerreform, keine Einkommensteuer sein darf; eine vorsichtig behüllte Verwerfung jeder Verkürzung der militärischen Dienstzeit; die Sicherung des liberal-reaktionären Einflusses in der Armee unter dem Stichwort: „Erhaltung der Armee von allen politischen Einflüssen“; endlich als Krönung des Ganzen den Wunsch, „alle Franzosen in einer gemeinsamen Religion vereinigt zu sehen: der Liebe zum Vaterlande“.

Das ist alles. Und mit diesem Programm hofft der bitterste „Temps“ auf einen Wahlerfolg seiner Partei! Aber freilich weiß das leitende Bourgeois-Organ sehr genau, daß die einzelnen melinistischen Kandidaten sich hüten werden, jene verbotene Doktrin einer niedergebenden Klasse den Wählern ganz naht anzubieten. So haben sich bereits in Paris einige melinistische Wahlkomitees sogar den Titel — „socialistisch“ beigelegt! Mit Ausnahme der reichen und reichsten Stadtviertel, geht es eben in Paris ohne den „socialistischen“ Rebenittel im Wahlkampf schlechterdings nicht. Ein melinistisches Korrespondenzblatt jammert zwar über diesen Unfug der „Mode“, tröstet sich aber wieder mit dem Gedanken, daß ja Meline in seiner neulichen Wählrede den „Socialismus guter Art“ zuerst und sehr klar definiert hätte als den „Socialismus“ der gelben Gewerkschaften. In diesem gutartigen Sinne dürfe man sich also immerhin auch als Bourgeoiskandidat einen Socialisten nennen.

Der Wahlantrag der melinistischen Senatsfraktion ist noch von Interesse als ein neuer Beweis für die große Tragweite, die dem Wahlkampf besonders von den Reaktionsparteien beigemessen wird. Auch die Senatoren halten es für nötig, in diese Wahlen kollektiv einzugreifen. Nun wird die ministerielle Senatsmehrheit ihrerseits ein Gegenmanifest erlassen.

Wahlkampf-Ergebnisse. In Charenton entstand bei einer Wahlversammlung eine große Schlägerei zwischen Republikanern und Nationalisten. Der frühere Abgeordnete Gaudy, dessen Frau und Kinder der Versammlung ebenfalls beizuwohnen, wurde schwer verwundet, ebenso erlitten die Frau sowie die beiden Kinder so schwere Verletzungen, daß sie nach dem Hospital gebracht werden mußten. Der Kampf dauerte aber eine Stunde; im ganzen wurden 80 Personen mehr oder minder schwer verwundet.

Belgien.

Die socialistischen Frauen und der Militarismus. Der Bund der socialistischen Frauen hat ein Manifest an die Soldaten erlassen, das in Tausenden von Exemplaren in den Kasernen verbreitet worden ist. In demselben werden die Soldaten aufgefordert, gemäß dem Bibelwort „Du sollst nicht töten“ die Waffe nicht gegen ihre Brüder zu erheben. Es sind — so heißt es im Manifest — Eure Eltern, Eure Mütter, Schwwestern, Bräute, die so zu Euch sprechen. Im Fall bei dem gegenwärtigen Kampfe um die Erriingung des allgemeinen gleichen Wahlrechts die Soldaten dazu kommandiert würden, die Reaktion und die Regierung zu verteidigen und gegen das Volk vorzugehen, so sollen sie diesem Befehl nicht folgen. „An dem Tage, wo ein ganzes Volk, milde, noch ferner die Ungerechtigkeit zu erdulden, das allgemeine, gleiche und einfache Wahlrecht, dieses hervorragende Mittel der Befreiung der Arbeiterklasse, verlangen wird, werdet Ihr alle auf dieselbe Seite treten: für die Unterdrückten gegen die Unterdrücker!“

Brüssel, 8. April. Deputiertenkammer. Beim Beginn der Sitzung schlägt der Ministerpräsident Graf de Smet de Naeyer vor, in der nächsten Woche den Antrag auf Revision der Verfassung zu beraten. Im Namen der Linksliberalen schlägt sich Huymans dem Vorschlag des Ministerpräsidenten an, der dann einstimmig angenommen wird. Man nimmt an, daß der entgegenkommende Standpunkt der Regierung auf die Initiative des Königs zurückzuführen ist, welcher einen Ausgleich in der Wahlrechtsfrage wünscht.

Ein Voudententat soll am Montagabend auf die Brüsseler Nationalbank gemacht worden sein. Der Schaden, den die mit „bombaradischen Krachen“ explodierende „Combe“ angerichtet hat, ist jedoch ganz unbedeutend geblieben. Die bisherige Untersuchung ist resultatlos verlaufen, man hat bisher nicht einmal Bruchstücke der „Machinerie“ aufgefunden. Wahrscheinlich handelt es sich um das Abbrennen eines harmlosen Feuerwerkskörpers durch einen Spigeli, um die Regierung gegen die Wahlrechts-Demonstranten scharf zu machen. Ein nicht ganz ungefährliches Spiel mit dem Feuer!

Rußland.

Auf den Ober-Polizeimeister von Moskau soll abermals, zum drittenmal seit wenigen Tagen, ein Attentatsversuch gemacht worden sein, diesmal von einem Studenten. Der mit einem Dolch bewaffnete Student, der während einer Straßenfahrt das Attentat unternahm, verwundete jedoch nur einen in der Begleitung des Ober-Polizeimeisters befindlichen Polizei-Offizier. Die Erbitterung gegen den Polizeischergen muß eine außerordentliche sein.

In einer Kaserne im Gouvernement Stedle haben die Militärbehörden auf Grund einer Denunziation gehaucht und bei einigen russischen Soldaten socialistische Broschüren gefunden. Die Untersuchung ist im Gange. Nähere Berichte fehlen.

Amerika.

Niederlage der venezolanischen Regierungstruppen. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Wilkesbar haben die venezolanischen Regierungstruppen am 3. ds. bei Canyano und am 4. ds. bei El Pilar schwere Niederlagen erlitten; in ersterem Gefecht habe General Escalante 850 Mann verloren.

Unruh auf Jamaika. Auf der in britischem Besitze befindlichen Insel Jamaika ist es nach einer Reitermeldung an der Wucht von Montego zu ersten Unruhen gekommen. Durch die von drei verurteilten Schiffe wurden eine Person getötet und drei verwundet; auf Seiten der Polizei wurden neun getötet, darunter der Generalinspektor, schwer verwundet. Die Regierung hat Polizei- und Militärmannschaften sowie den Kreuzer „Tribune“ nach Montego entsandt.

Die Rückkehr König Leopolds nach Brüssel.

In der am Dienstag erfolgten Rückkehr des Königs, die mit den wichtigsten politischen Entscheidungen zusammenfällt, brachte das socialdemokratische Organ „Le Peuple“ („Das Volk“) folgenden Artikel, den wir als Material zur Beurteilung der Taktik, welche die belgische Socialdemokratie in ihren gegenwärtigen bedeutsamen Kämpfen befolgt, auch den deutschen Lesern vorlegen:

„Leopold II. kehrt aus Biarritz zurück zur gleichen Zeit, da das Parlament wieder zusammentritt. Wir, die wir keine Freunde der Monarchie sind und nicht im Verdacht bösser Schmeichelei stehen, wir zögern nicht, den greisen König zu beschuldigen, daß er es als Pflicht erkannte, auf seinem Posten zu sein, da gegenüber dem unflughen Widerstand der Regierung und der wachsenden Erregung des Volkes der Moment gekommen ist, daß ein Mensch sich erhebt und das Wort des Friedens, der Weisheit und der Gerechtigkeit ausspricht!“

Die Socialisten sind und bleiben Republikaner — jedoch würde jenes Wort durch den geschickten und klugen Monarchen verkündigt werden, so beschwert es uns nicht anzuerkennen, daß

dadurch mehr gethan würde für die Bewahrung der Monarchie als durch alle die prinzipiellen Lokalitätsbezeugungen und patriotischen Schaustellungen, die man seit einiger Zeit zur Wiederaufrichtung des Wesens der Dynastie aufführt!

Wir haben es hundertmal gesagt, daß wir weit mehr Bedeutung der Lösung der Reformen beimessen, die der Arbeiterklasse am Herzen liegen, als irgend welche Formfragen und wären es selbst Fragen der Regierungsform. Wir sind gleich Reisenden, die in einer unbekanntem Stadt absteigen und mehr besorgt sind um die Güte des Unterkommens als um das Wappenschild ihres Hotels.

Es giebt konservative, reaktionäre und imperialistische Republiken; Republiken, die nichts waren und vielleicht auch heute nichts sind als Oligarchien der Finanz oder der Geistlichkeit; warum sollte man nicht in dieser Zeit der Uebergänge und der Verräthe (transitions et transactions) eine konstitutionelle Monarchie für möglich halten, die sich einer weithergehenden und fruchtbarsten demokratischen Politik aufschließen und sich von jedem Versuch, die Vorwärtswendigung aufzuhalten, fern hält?

Das Experiment wäre in Belgien um so leichter, als unter dem allgemeinen Stimmrecht in Verbindung mit der Proportionalwahl ohne Zweifel die Sozialisten im Parlament wie im Lande noch eine Minderheit bleiben werden für einen Zeitraum, den sie mit größerem Eifer und größerem Erfolg als je, unter dem Schutz besserer Gesetze, für ihr noch unvollendetes Werk der Organisation und Erziehung nützen werden. In dieser Zeit wird die liberale Partei, deren Herrschaft man beendet glaubte und deren sociale Mission vielleicht beginnt, die Aufgabe der Regierung auf sich nehmen müssen. Gelangt so das Land zu einem liberal-progressivischen Kabinett, das sich auf alle Gruppen der Linken, einschließend der Sozialisten, stützen würde, — wie sollte zwischen einem solchen Kabinett und der konstitutionellen Monarchie irgendwelcher unversöhnlicher Gegensatz bestehen?

Gewiß, dies alles ist reine Hypothese, doch verdienen diese Betrachtungen die Erwägung an hoher Stelle.

Vor allem gilt es den Frieden zu retten und endlich die Gerechtigkeit zu verwirklichen!

Entweder hat der Merkantilismus wirklich die Mehrheit im Lande, dann hat er die Verfassungsrevision nicht zu fürchten; oder er hat die Mehrheit nicht, dann hat er nicht das Recht, die Herrschaft zu usurpieren.

Der König kehrt zurück mit der Rückkehr des Parlaments, — darf man erwarten, daß Leopold II. in dieser entscheidenden Stunde eine wahrhaft königliche, insbesondere wahrhaft politische Initiative ergreifen wird, die — es wäre kleinlich, es zu leugnen — ihm den schnellen Wiedergewinn der Volkstümmlichkeit eintragen würde?

Wir haben geglaubt, diese Frage stellen zu sollen in der berechtigten Absicht, alle Verantwortlichkeiten klarzustellen.

Es scheint uns kein günstiges Zeichen für die Aussichten des großen und bewundenswerten Kampfes, den die belgische Socialdemokratie führt, wenn er von den Wirkungen dieses Begrüßungsartikels für König Leopold abhängig wäre. Wir glauben zuversichtlich, unsere Bruderpartei in Belgien wird wie bisher so jetzt und in Zukunft auch ohne Appell an die Weisheit Leopolds II. ihre Siege erringen!

Partei-Nachrichten.

Unser Strafkonto. Im Monat März wurden gegen Parteigenossen an Strafen verhängt insgesamt 2 Jahre, 7 Monate und 2 Tage Gefängnis und 232 M. Geldstrafe.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen; jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals.

Wir erlauben die Interessenten, uns in der Vertretung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung und rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Aixenburg (S.-A.), Unterm Schlosse 1.
- Aitona, Große Bergstr. 204 I.
- Berlin SO., Engel-Ufer 15.
- Beuthen (O.-S.), Schleichhandstr. 6.
- Bremen, Osterthorstr. 26 I.
- Breslau, Messergasse 18/19 I.
- Darmstadt, Elisabethstr. 31.
- Dortmund, 1. Kampstr. 73 I.
- Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
- Freiburg i. B., Engelbergerstr. 9 I.
- Gera, Hospitalstr. 21 I.
- Gotha, Erfurterstraße (altes Gerichtsgebäude).
- Halle a. S., Geiststr. 21.
- Hamburg, Gärtnermarkt 35 II.
- Hannover, Reinestr. 17.
- Hildesheim, Judenstr. 5.
- Jserlobn, Karrenstr. 2.
- Jena, Saalbahnhofstr. 3.
- Kiel, Gasstr. 24 part.
- Köln a. Rh., Poststr. 50.
- Landeshut, Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
- Lübeck, Johannisstr. 46, part.
- Mannheim, S. 8, 10.
- Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
- München, Baaderstr. 1 I.
- Mürnberg, Erdlenplatz 22.
- Rosen, Breitenstr. 21.
- Striegau, Pflanzstr. 17/19.
- Tullingen, Schaffhäuserstr. 24.
- Waldenburg, Altwasser.
- Walgast, Kronwiesstr. 4, part. links.
- Würgburg, Textorstr. 12.

Berlin, den 8. April 1902.

Der Parteivorstand.
Kreuzbergstr. 80.

Aus Industrie und Handel.

Der amerikanische Petroleumtrust bekommt durch eine größere Niederlassung der Pure Oil Company in Stettin eine scharfe Konkurrenz. Wie die „Ostsee-Zeitung“ meldet, hat die Pure Oil Company von der Stadt Stettin ein größeres Terrain am Dünzig-Barnitz-Kanal auf vorläufig fünfundsiebzig Jahre gepachtet, um daselbst einen Lagerplatz für Petroleum einzurichten. Man ist in den Kreisen der städtischen Behörden diesem Pachtangebot um so lieber entgegengekommen, als man sagte, daß mit einer Niederlassung der genannten Gesellschaft in Stettin den Monopolbestrebungen der Standard Oil Company beziehentlich ihrer deutschen Zweiggesellschaft wirksam entgegenzuarbeiten werden. Man war und ist zu dieser Hoffnung um so mehr berechtigt, als die Pure Oil Company eine durchaus leistungsfähige, unabhängige Gesellschaft ist, die nicht nur über ein großes Aktienkapital, sondern auch über eigene Quellen und Rohverlehnungen und ausreichendes Dampf- und Kaminmaterial verfügt, das überdies auch mit Rücksicht auf die neue Stettiner Niederlassung ständig vermehrt und ausgebaut wird. Wie wir wissen, sind die vorbereitenden Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Behörden abgeschlossen und die Genehmigung zum Ausbau des Lagerplatzes und zur Errichtung von Tanks ist bereits erteilt. Die Arbeiten auf dem Lagerplatz der Pure Oil Co. sollen demnächst beginnen, daß der Betrieb noch bestimmt zum Beginn der diesjährigen Petroleum-Campagne eröffnet werden kann. Es ist geplant, zunächst drei Tanks von wesentlich größeren Ab-

messungen, als sie bisher hier erbaut sind, zu errichten. Der Lagerplatz erhält direkten eigenen Bahnanschluss und ist außerdem so gelegen, daß eine Abfuhr zur Stadt auf kürzerem Wege, als von dem alten Lagerplatz aus, möglich ist.

Stralauer Glashütte, Aktiengesellschaft. Wie der Geschäftsbericht für 1901 mitteilt, wurde das Ergebnis durch den im Juli ausgetretenen Zustand der Flaschenmacher ungünstig beeinflusst, da die Hütten dadurch 10 Wochen lang außer Betrieb gesetzt werden mußten. Hergestellt wurden 20 856 045 (i. B. 22 852 996), abgesetzt 20 074 821 (23 903 332) Flaschen und 5 218 646 (7 051 505) Biergläser. Von dem Flaschenabzug treffen auf Berlin 10,3 (11,2) Millionen Stück. Die Anlagevermögen erhielten Zugänge im Gesamtbetrag von 97 001 M., denen Abschreibungen von 75 411 M. (72 033 M.) gegenüberstehen. Nach deren Abzug verbleibt ein Reingewinn von 107 030 M. (114 333 M.), der folgende Verwendung findet: 8000 M. (wie i. B.) gefegliche Rücklage, 9000 M. Sonderumlage (10 000 M. Sicherheitsbestand), Gewinnanteil des Aufsichtsrats 1103 M. (8258 M.), 7 1/2 Proz. (8 Proz.) Dividende auf 1,2 Mill. Mark Aktienkapital und 9250 M. (11 323 M.) Vortrag. Die Ausschichten für das laufende Geschäftsjahr werden als befriedigend bezeichnet, da zahlreiche Aufträge vorliegen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine große Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen beschloß, diejenigen Arbeiter, die am 1. Mai feiern, zwei Tage auszusperren. Entlassene sollen vor dem 12. Mai in andere Betriebe nicht eingestellt werden. Obermeister Mahardt hält die Entwicklung des Arbeitsnachweises als eine überaus günstige, die Meister würden die Aufrechterhaltung desselben ohne jede Konzeffion an den Holzarbeiter-Verband durchsetzen. Es wird behauptet, daß in der kurzen Zeit des Bestehens 3000 Arbeitern Beschäftigung nachgewiesen wäre. Wir haben an den Zahlen berechnete Zweifel, denn ein so starker Wechsel im Tischlereibetrieb klingt ganz unwahrscheinlich. Zudem kann der Holzarbeiter-Verband gerade jetzt eine zunehmende Benützung seines Arbeitsnachweises seitens der Unternehmer konstatieren. Es sieht auch damit nicht im Einklang, daß der Arbeiter über ungenügende Durchführung der Entlassungs-scheine klagt und den nichtfolgenden Meistern droht, daß die Innung strengere Maßregeln gegen sie ergreifen wird. Das Renommee des Arbeitsnachweises hat unter der polizeilichen Bewachung schon stark eingebüßt, und gerade die tüchtigen Arbeiter fühlen das schmachvolle eines solchen Instituts, dem sie sich nicht wie Prostituierte unter Kontrolle stellen müssen. Die übrigen Arbeitssuchenden mögen der Huld des Herrn Mahardt und der polizeilichen Fürsorge überlassen bleiben.

Zum Schluß der Versammlung protestierte man nach einem Referat des Holzhändlers Wry gegen die Holzgölle.

Die Firma Löwe auf der Suche nach Streikbrechern. Da es der Weisfirma Ludwig Löwe bisher nicht möglich war, auch nur einigermaßen Ersatz für die streikenden Kerumacher zu finden, versucht sie jetzt außerhalb Berlins ihr Heil.

In einer Reihe von Provinzialblättern wird inseriert: „Ludwig Löwe, Berlin, sucht Kerumacher“.

Mit welchem Erfolge das geschieht, geht daraus hervor, daß bis heute drei wöchentliche Kerumacher im Betrieb sind.

Eine Anzahl Karten und Briefe, die die Firma Ludwig Löwe an die sich meldenden Kerumacher geschickt hat, liegen uns vor; die Firma macht den Streikbrechern in diesen Schreiben wörtlich folgendes Anerbieten: „Wir bemerken, daß die Kerne, soweit es möglich ist, in Accord hergestellt werden sollen; Lohn zahlen wir je nach den Leistungen bis zu 50 Pf. pro Stunde, anfangs probeweise 40 Pf. pro Stunde.“

Soweit der Brief. Und nun fragen wir, was sind die Ursachen des Streiks? Die Kerumacher wollten ihren alten Lohn, der 40—47 Pf. pro Stunde betrug, beibehalten. Aber das gab es nicht, das durfte nicht sein, und heute ist die Firma gezwungen, um überhaupt nur Kerumacher zu bekommen, 3 Pf. höher mit dem Angebot zu gehen, als der bestbezahlte der alten Kerumacher erhalten hat. Die alten Leute, die gezeigt hatten, daß sie leistungsfähig sind, sollten im Lohn auf 35 Pf. pro Stunde gesetzt werden, und fremden Kräften, von denen man nicht weiß, was sie leisten, bietet man einen Lohn nicht unter 40 Pf. bis zu 50 Pf. pro Stunde. Daraus geht zur Genüge hervor, daß es nicht etwa die Rücksicht auf die Konkurrenz ist, die die Firma veranlaßt, Abzüge zu machen, sondern es war eine Maßregel, durch welche die Kerumacher bestraft werden sollten für die „Freiheit“, gegen eine Anordnung der Betriebsleitung zu protestieren. Nun, wir glauben, die Former werden sich nicht nach Berlin locken lassen, denn die Handlungsweise der Firma ist selbst die beste Warnung.

Deutsches Reich.

Die Van-Arbeiter-Aussperrung in Kiel scheint von den Herren Innungsmeistern schon länger Hand vorbereitet zu sein. Ein Beweis dafür ist, daß die Herren offenbar schon vorher Versammlungen für die auszusperrenden Leute gesucht haben. Schon am Sonntag trafen etwa 30 oberschlesische Maurer in Kiel ein. Dieselben waren höchst erstaunt, als sie erfuhren, daß ihre Kieler Kollegen sich in der Aussperrung befänden. Einige der Angekommenen zeigten deshalb nicht übel Lust, sofort ihre Solidarität zu betätigen. Es war jedoch etwa ein Duzend Meister auf dem Lagerplatz anwesend, die den Leuten keinen Raum gaben. Mit Hilfe einer großen Anzahl Säugleute wurden die Importierten, links und rechts von Meistern und Schulheuten eskortiert, nach dem Innungshaus gebracht. Trotz der späten Abendstunde hatte sich in den Straßen eine große Menschenmenge angesammelt, die den sonderbaren Zug mit dem größten Entzücken betrachtete. Als einer der Leute einmal nicht schnell genug mitging, wurde er von einem Schutzmann am Arm gepackt und weiter geschoben. Das war dem Mann dem doch zu viel. Er warf seinen Koffer hin und folgte seinen freien Kollegen. Mit ihm gingen dann noch vier Mann nach dem Verzehrlokal der Aussperrten. Im Innungshaus wurden die Zugereisten gepöbelt. Uebernachten mußten sie auf dem Fußboden. Im Laufe des Sonntags hat sich der größere Teil derselben den Aussperrten angeschlossen. — Die Aussperrung zieht auch noch andre Berufe in Mitleidenschaft. In dem Kieler Vorort Gwarden verlangte der Zimmermeister Hagedorn von den bei ihm beschäftigten Tischlern, sie sollten die Arbeit der ausgesperrten Zimmerer verrichten. Als sie sich dessen weigerten, wurden sie kurzer Hand entlassen. — Es ist dringend notwendig, jeden Zugang von Bauarbeitern nach Kiel fernzuhalten!

Die Aussperrung der Zimmerer in Goldberg (Medienburg) dauert noch immer fort. Keulich war es dem Zimmermeister Krüger gelungen, anwärts sechs Zimmerer aufzugabeln. Nachdem dieselben von der Sachlage unterrichtet waren, verzichteten sie auf die Aufnahme der Arbeit.

Den Steinarbeitern in Striegau ist von den Unternehmern angekündigt worden, daß vom 14. April ab eine zehnprozentige Lohnreduktion eintritt. Bei den Pflastersteinen beträgt die Reduktion sogar 17 Prozent. Dadurch sind alle Errungenschaften des 98. Streiks jetzt wieder verschwunden.

Karl Wötcher der Firma Tuchmann u. Sohn in Dessau sind gemahngelt worden, weil sie sich in einem Briefe an die Firma gegen Fortfall des bisher gezahlten Aufschlages für Ueberstunden erklärten. — Wötcher werden ersucht, die obige Firma zu meiden.

Der Streik in der Fagouzeheret der Firma Post in Köln-Ehrenfeld ist beendet. Die Forderungen der Arbeiter sind bewilligt worden.

Ausland.

Der Weberstreik in Cuschede dauert fort. Neuerdings kommt die Polizei den Unternehmern zu Hilfe, indem sie alle Versammlungen von mehr als drei Personen auf den Straße verbietet, um eventuell einen Anlaß zum Einschreiten zu finden.

Die Feinbäcker Stockholms haben vor einigen Wochen den Arbeitgebern einen Entwurf zu einem neuen Uebereinkommen vorgelegt und um Antwort bis 1. April ersucht. Bis Ende voriger Woche war noch keine Antwort eingetroffen. Vermutlich wollen die Meister erst den Ausgang des Konflikts in Göteborg abwarten. — Die Abteilung Gessle des schwedischen Bäckerverbandes hat das mit den Meistern geschlossene Uebereinkommen auf den 1. Mai gekündigt, um eine Verbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. —

Verfammlungen.

Eine Baudeputierten-Versammlung der Maurer tagte gestern im Gewerkschaftshaus. In sehr entschiedener Weise wurden die eingerissenen Mißstände auf den Bauten gekehrt und die Kollegen aufgefordert, mehr wie bisher für die Interessen der Organisation einzutreten. Zur Annahme gelangte folgende Resolution:

Die Versammlung der Baudeputierten steht auf dem Standpunkt, daß es an der Zeit ist, das Interesse der Kollegen an der Organisation von neuem zu wecken. Die Verbandsleitung wird beauftragt, eine größere Agitation in die Wege zu leiten, nach welcher den langjährigen Beschäftigten unserer Organisation gemäß 1. eine schärfere Kontrolle unter den arbeitenden Kollegen auf den Bauten ausgedehnt wird, und 2. Maßnahmen getroffen werden, um die eingerissenen Mißstände auf den Bauten zu beseitigen. Die Versammlung steht in dem solidarischen Zusammenhalt der Kollegen auf der Baustelle die einzige Gewähr für Einführung einer vernunftgemäßen Arbeitsmethode, sowie für die Beseitigung der Mißstände. Die Verallgemeinerung und Verbesserung des Baudeputierten-Systems ist die dringende Pflicht der Kollegen und verpflichtet sich die Versammlung, dafür zu wirken, daß auf allen Bauten Deputierte gewählt werden, welche in ruhiger und sachlicher Form für die volle Innehaltung der Arbeitsbedingungen eintreten als eingerissenen Mißstände der Verbandsleitung melden und die Anleitung zu einer zweckentsprechenden Agitation zu geben haben.

Verhörer. Heute im „Bräntan“ allgemeine Gewerkschaftsversammlung. Friedrich Julek spricht über „Reisen und deren Folgen für die Arbeiter“. Ebenso werden in dieser Versammlung die Kandidaten zum Gewerkschaftsausschuss aufgestellt.

Der Boeren-Krieg.

Kriegsamtliche Verinsung.

In Londoner liberalen Kreisen wird behauptet, daß die englische Niederlage bei Boschmansloep bedeutender gewesen ist als amtlich zugestanden wird. Die Boerenkolonne unter dem Kommandanten Albert habe 50 englische Dragoner und Husaren gefangen genommen, dieselben aber nach Abnahme ihrer Waffen und Munition wieder frei gelassen.

Kriegsopfer.

Die Londoner Morgenblätter veröffentlichen eine Statistik, wonach die Engländer seit Beginn des Krieges 29 536 Offiziere und Mannschaften an Toten in Südafrika verloren haben.

Amerikanische Neutralität.

Washington, 8. April. (Köln Meldung.) Die Regierung wird aufgefordert werden, eine Untersuchung über das englische Militärdepot in Lathrop am Missouri anzustellen. Von dem Depot aus, in dem 10 englische Offiziere und 21 Soldaten stationiert sind, wurden 55 830 Pferde und 10 949 Maultiere nach Südafrika verfrachtet. Der Ingenieur Brown, der nach Südafrika entsandt wurde, um die Lage der von den Engländern angeworbenen amerikanischen Maultiertreiber zu untersuchen, teilt mit, eine überraschend große Anzahl der Leute sei von New Orleans aus mit unterzeichneten Kontrakten für den Dienst in der englischen Armee abgereist. Er sagt hinzu, es sei gewiß, daß die Engländer bei Port Chalmette ein Rekrutierungslager unterhalten. —

Rechte Nachrichten und Depeschen.

Ein neunjähriger Mörder?

Dresden, 8. April. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Ein neunjähriger Knabe wurde verhaftet, weil die Polizei annimmt, er habe sieben Kinder im Laufe der letzten Monate in die Elbe gestoßen, wo sie ertranken.

Unterhand.

London, 8. April. (W. L. B.) Macveagh fragt an, ob die deutsche Regierung irgendwelche Mitteilungen an das Auswärtige Amt oder an Reichsener in betreff der angeblichen Ermordung des deutschen Missionars Jesse gerichtet habe.

Unterstaatssekretär Cranborne erwidert, an das Auswärtige Amt sei keine solche Mitteilung gelangt, und dem Staatssekretär des Krieges liege keine Information vor, daß eine derartige Mitteilung dem General Reichener gemacht worden wäre.

Gepändete Tramway-Gesellschaft.

Belgrad, 8. April. (W. L. B.) Die belgische Tramway-Gesellschaft, die gleichzeitig die elektrische Beleuchtung versieht, hat sich einer Zollübertretung schuldig gemacht und wurde zu 11 000 Kr. Geldstrafe verurteilt. Da diese innerhalb der Zahlungsfrist nicht entrichtet wurde, wurden gestern die Pferde der Gesellschaft, gegen die schon seit geraumer Zeit Klagen erhoben werden, auf rechtlichem Wege mit Beschlag belegt, worauf die Gesellschaft den Pferdebohrverkehr einstellte. Es verkehren daher jetzt gestern nur die elektrischen Wagen.

Stettin (Kreis Schlichtern), 8. April. (W. L. B.) (Amliche Meldung.) Am Montag, den 7. April, abends gegen 11 Uhr, entgleiste infolge Federbruches eine Kasse am Teufel des D-Zuges 1 unmittelbar nachdem der Zug den Bahnhof Stettin durchfahren hatte. Der Zug wurde zum Stehen gebracht, nach Stettin zurückgezogen, und fuhr dann auf dem andern Geleise mit 1 1/2 Stunden Verspätung weiter. Personen wurden nicht verletzt, auch entstand nur geringer Schaden am Geleise.

Frankfurt a. M., 8. April. (W. L. B.) Die Frankf. Bz. meldet aus Luxemburg: Der Minister Eschen erklärte heute in der Kammer, der Großherzog habe wegen seines hohen Alters und schmerzbedürftigen Zustandes den Erbgroßherzog Wilhelm zum Statthalter ernannt.

Leipzig, 8. April. (W. L. B.) Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Staatsanwalts gegen das Urteil des Landgerichts II in Berlin vom 19. Dezember 1901, durch welches Graf Walter Hülster - Al. Tschirne von der Anklage der Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten gegen die Juden freigesprochen war.

Bamberg, den 8. April. In der Nähe von Speersdorf fand man auf freiem Felde die Leichen zweier jungen Männer. Wie sich aus den Papieren der Toten ergab, sind es die im Alter von 16 resp. 18 Jahren stehenden Brüder Eibhorn aus Raserndorf, die sich dem Aufsteigen nach vergiftet haben. Das Motiv der That ist unbekannt.

Madrid, 8. April. (W. L. B.) In ganz Mittel-Spanien wüthen heftige Stürme, die großen Schaden anrichteten. In Rosa Mages (Stadt der Alig) an zwei Stellen ein, wodurch eine Person getötet wurde. Auf dem Guadiana ging in der Nähe von Badajoz ein Fahrzeug unter. Mehr Leichen sind bereits geborgen. In der Nähe von Tortagena wurden infolge eines Erdstoches in einer Grube vier Arbeiter getötet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der „Berliner Spar- und Bauverein“ feiert am Samstag, den 19. April 1902, in der Philharmonie, Bernburgerstr. 22/23, das zehnte Stiftungsfest. Da dieses Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, so meide man streng dieses Vergnügen und weise die angebotenen Karten unter obigem Hinweis zurück.

Vierter Wahlkreis (Südost). Genosse Reichstags-Abgeordneter Ledebour spricht heute abend in der Urania, Branngelstraße 10 über „Die politische Lage“. Zahlreicher Besuch dieser Versammlung wird erwartet.

Spandau. Ueber „Die Technik der Landtagswahl“ spricht morgen (Donnerstag) abend Genosse Dr. Krons in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins im Weberschen Lokal hier selbst. Dieses Thema ist in Rücksicht auf die uns im nächsten Jahre bevorstehenden Landtagswahlen sehr zeitgemäß und darf deshalb wohl auf einen recht starken Besuch gerechnet werden.

Lokales.

Die Vermehrung des städtischen Familienobdachs

In den ersten Tagen dieses Monats war erheblich geringer als zu Anfang Oktober vorigen Jahres. Am 31. März dieses Jahres beherbergte das Familienobdach 422 Personen. Davon gingen am Morgen des 1. April 286 Personen, die Wohnungen gefunden hatten, ab. Im Laufe des Tages kamen wieder 216 Personen hinzu, so daß das Familienobdach am 2. April früh 352 Personen beherbergte. Diese Zahl stieg am 3. April auf 393, sie hat sich bis jetzt auf der gleichen Höhe gehalten. In Verhelfe zur Miete für Beschaffung von Wohnungen sind an obdachlose Familien am 1. und 2. April 1423,25 M. ausgezahlt worden, auf die einzelnen Familien entfielen Beträge von 15—25, in einigen Fällen bis 36 M. Nach dem vorjährigen Oktoberumzug war die Vermehrung des Familienobdachs, wie schon gesagt, erheblich stärker. Sie erreichte ihren höchsten Stand am 6. Oktober mit 795 Personen. Die geringere Vermehrung nach dem letzten Umzugstermin ist gewiß ein erfreulicher Umstand, aber es wäre ganz unbegründet, wenn man daraus schließen wollte, daß die Wohnungsnot nahezu beseitigt sei. Mag sich auch der Mangel an kleinen Wohnungen nicht mehr in so hohem Grade bemerkbar machen wie vor einem Jahr, so besteht doch immer noch eine Wohnungsnot insofern, als die Mietpreise gerade für die kleinsten und elendsten Wohnräume ungeheuer in die Höhe geschraubt sind, und selbst zum 1. April dieses Jahres noch in sehr vielen Fällen weitere Steigerungen erfahren haben. Wenn auch die Zahl der obdachlosen Familien geringer geworden ist, so lastet doch das Uebel der Wohnungsnot nach wie vor auf den Berliner Arbeitern. Es ist notwendig, dies wieder einmal zu sagen, um die städtischen Behörden daran zu erinnern, daß es ihre soziale Pflicht ist, dem Wohnungselend zu steuern.

Die Abteilung für nächtliche Obdachlose im städtischen Asyl pflegt sonst im April bedeutend niedriger zu sein wie in den Wintermonaten. In diesem Jahre hat sich aber eine Abnahme der Besucherzahl des nächtlichen Obdachs noch nicht bemerkbar gemacht. Daraus kann man wohl mit Recht schließen, daß die Arbeitslosigkeit immer noch einen sehr hohen Grad hat, und daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die sonst im Frühjahr einzutreten pflegt, in diesem Jahre eine recht geringe sein muß.

Recht schlecht informiert

zeigen sich nicht selten die Herren am Magistratsstisch, wenn sie in der Stadtverordneten-Versammlung Rede und Antwort zu stehen haben. Ein neuer Fall dieser Art wird jetzt wieder in amüsanter Weise festgestellt. Am 6. März wurde in der Stadtverordneten-Versammlung bei der Beratung der Entwürfe zu einigen Bauplanen für die neue städtische Irrenanstalt in Buch von unserem Genossen Stadtverordneten Vorgmann auf die Differenzen hingewiesen, die zwischen einem die städtischen Bauten in Buch ausführenden Unternehmer und seinen Arbeitern entstanden waren. Der betreffende Bauunternehmer hatte bei Festlegung der Arbeitszeit anfangs keinerlei Rücksicht auf den Eisenbahn-Fahrplan genommen, so daß die in Berlin wohnenden Arbeiter am Morgen schon eine Stunde vor Beginn der Arbeit in Buch eintreffen mußten und am Abend manchmal erst fünf Viertelstunden nach Schluß der Arbeit wieder abfahren konnten. Er hat auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die im Bauvertrage zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter für Berlin vereinbart sind, dort draußen nicht inne gehalten, obwohl die Bauten in Buch größtenteils mit Berliner Arbeitern ausgeführt werden. Vorgmann rügte damals, daß die von ihm und dem Stadtverordneten Genossen Drums auf Veranlassung der Arbeiterorganisation wiederholt gemachten Versuche, die Bauverwaltung zu entsprechenden Maßnahmen zu bewegen, bis dahin erfolglos geblieben seien. Auch in jener Stadtverordneten-Sitzung wollte der Vorsitzende der Hochbauabteilung der Bauverwaltung, Stadtrat Ramslau, nichts davon hören, daß wie ein sozialdemokratischer Antrag forderte, bei Vergabe der weiteren Arbeiten zu den Irrenhausbauten in Buch die Unternehmer vom Magistrat verpflichtet würden, die zwischen den Organisationen für Berlin vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu halten. Herr Ramslau meinte, nicht Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, die Verantwortlichkeit der immer höheren Lohnfordernden Arbeiter habe die vorgekommenen Differenzen verursacht. Vorgmann hielt ihm vor, daß die Berliner Bauarbeiter nur mit großem Aufwand an Zeit und Geld nach ihrer Arbeitsstätte in Buch gelangen können, daß sie mithin dort mindestens nicht schlechter als in Berlin bezahlt werden dürften. Die Stadt zähle ja ihren in Buch beschäftigten Bauarbeitern sogar noch einen besonderen Zuschuß. Darauf erwiderte Herr Ramslau: Die Arbeiter, die von Berlin nach Buch gehen, thun das völlig freiwillig. (Ruf: Ja, riesig freiwillig!) Meine Herren, glauben Sie denn, daß draußen keine Arbeiter existieren, in Bernau, in Wiesental, in der ganzen Umgebung von Buch? u. u. Darauf wurde der Antrag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion und weniger Freisinniger abgelehnt. An jene Worte des Herrn Ramslau erinnert und jetzt die Nachricht, daß das neue städtische Hospital, dessen Bau geplant wird, nicht als Erweiterungsbau des Hospitals in der Heibelstraße ausgeführt, sondern daß nach einem solchen vom Magistrat gestifteten Beschluß ein Hospital in Buch errichtet werden soll. Bei der Erörterung der Gründe, die im Magistrat für und wider diesen Vorschlag geltend gemacht worden sind, hat auch die Kostenfrage eine Rolle gespielt. Stadtbaurat Hoffmann hat, wie ein hiesiges Blatt mitteilt, den Nachweis geführt, daß der Bau in Buch nicht billiger wird als in Berlin. Auch sei dort die Beschaffung der Arbeitskräfte in genügender Anzahl aus den Nachbarorten nicht möglich. Nicht möglich? Als der Magistrat durch den Stadtrat Ramslau sich gegen eine von sozialdemokratischer Seite im Interesse der Arbeiter gestellte Forderung wandte, da hieß es ja, daß es da draußen an Arbeitern nicht fehle! Es ist in der That erheitend, wie hier wieder einmal ein Magistratsmitglied durch das andre öffentlich widerlegt wird. Dieses Schauspiel ist ja längst nicht mehr neu, aber es ist trotzdem immer wieder interessant. Wir empfehlen es der Beachtung aller, die es angeht.

Im Ausschuss zur Vorberatung des Antrags Dr. Nathan wurden am Dienstagabend sämtliche Anträge abgelehnt. Dr. Nathan wollte die Unentgeltlichkeit auf die beiden anstehenden Krankheits-Erkrankungen und Diphtherie beschränkt wissen. Dr. Witow forderte die Zustimmung des städtischen Vertrauensarztes. Die Anträge wurden gegen die Stimmen der Antragsteller und der sozialdemokratischen Mitglieder, die die Anträge als einen sehr bescheidenen Anlauf zur Unentgeltlichkeit der Krankenhauspflanze bezeichneten, abgelehnt. Anerkannt wurde auch von anderer Seite, daß die Kinderkrankenhauspflanze viel zu wünschen übrig läßt, daß insbesondere der baldige Neubau von Krankenhäusern wünschenswert ist.

Zur Frage der Unfallversicherung des Treiberpersonals am städtischen Vieh- und Schlachthof, über die am Donnerstag von der Stadtverordneten-Versammlung Beschluß gefaßt werden soll, liefert der von uns gemeldete schwere Unfall eines Ober-treibers (Verletzung durch einen ihm gewordenen Bullen) zu passender Zeit einen beachtenswerten Beitrag. Dieser Unfall zeigt, wie sehr der städtischen Verwaltung daran liegen muß, daß auch diese Arbeiter, die zwar nicht mit der Stadt, sondern mit den Viehhändlern und den Viehkommissionären zu thun haben, die aber durch ihre Tätigkeit doch auch zu dem städtischen Betrieb ständig in einer gewissen, wenigstens indirekten Beziehung stehen, möglichst sämtlich gegen Unfall versichert werden. Die Schwierigkeiten, die hierbei bestehen, sollen nicht verkannt werden, aber sie sind nicht unüberwindlich. Die städtischen Behörden haben diese Frage schon seit einigen Jahren erörtert. Zwei Jahre hintereinander hat die Stadtverordneten-Versammlung durch eine bei der Stadtverwaltung beschlossenen Resolution den Magistrat ersucht, die Viehhofsverwaltung anzuweisen, kein Treiberpersonal zuzulassen, das nicht gegen Unfall versichert ist. Zugleich ist, nachdem die Fleischerei-Versicherungsgesellschaft auf Anfrage der Viehhofsverwaltung die Oberleiter für selbständige, also nicht versicherungspflichtige Gewerbetreibende erklärt hatte, auf eine dagegen gerichtete Beschwerde der städtischen Gewerbe-Deputation vom Reichs-Versicherungsdienst entschieden worden, daß die Oberleiter in der That selbständige Gewerbetreibende und daher nicht versicherungspflichtig seien. Das sonstige Treiberpersonal aber werde erst von den Oberleitern angenommen und für eigene Rechnung beschäftigt, sei also von diesen zu versichern. Auf Grund dieser Entscheidung hat der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung zu versichern gegeben, daß er in der Sache nichts weiter thun wolle. Dem Stadtverordneten-Ausschuss hat er sich in den letzten Wochen mit der Angelegenheit beschäftigt und ist von der Viehhofs-Verwaltung versichert worden, daß auf dem Berliner Viehmarkt trotz des starken Andrangs von Bullen Unfälle höchst selten seien. Ein tödlicher Unfall sei seit 20 Jahren nicht vorgekommen — eine Mitteilung, die dahin zu ergänzen ist, daß erst im Jahre 1895 zwar nicht ein Treiber, aber ein Pferdebesitzer, der auf dem Schlachthof gekochtes Fleisch kaufen wollte, durch einen Ochsen überrollt und getötet worden ist. Der Ausschuss ist in seiner Beschlußfassung dem von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag beigetreten, durch den der Magistrat ersucht wird, mit den Viehkommissionären zu vereinbaren, daß diejenigen Oberleiter und Treiber, die der reichsgesetzlichen Unfallversicherungspflicht nicht unterliegen, auf Kosten der Viehkommissionäre anderweit versichert werden. Der Antrag wird der Versammlung vom Ausschuss zur Annahme empfohlen.

Aus der außerordentlichen Magistratsitzung vom Dienstag. Der Magistrat beschloß, den deutschen Juristen, die im September d. J. zu einer Tagung hier zusammen kommen, einen feierlichen Empfang zu bereiten und bei der Stadtverordneten-Versammlung um die Bewilligung der Mittel nachzusuchen. Das Kollegium erklärte sich nach einem Vortrage des Stadtrats Ramslau mit dem Beschluß der Gasdeputation, den Königspalast durch elektrische Vogenlampen zu beleuchten, einverstanden, und wird der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage machen. Ferner wurden noch verschiedene Untersuchungsgegenstände, Anträge von Vereinen auf Beihilfen zc. erledigt.

Das neue „Rothbuch“ des Magistrats, nämlich die „Personal-Nachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung zc.“ für 1902 ist soeben erschienen. Es präpariert sich diesmal als ein stattlicher Band von 536 Seiten, in welchem das Namensverzeichnis allein 138 Seiten (gegen 131 im Vorjahre) einnimmt. Schon auf den ersten Blättern sehen wir zu unserer Freude, daß der Magistrat mit den Fortschritten der Reuzzeit fortgeschritten, denn bei den Adressen der Mitglieder der städtischen Behörden haben wir diesmal die Postbezüge genau angegeben. Im Verzeichnis der Stadträte sind die Namen Wail und Neubrinl gefehlt, dafür aber die Namen Wehrde, Kallisch und Dr. Voigt hinzugekommen. Die Liste der Ehrenbürger, deren die Reichshauptstadt fünf zählt, ist unverändert geblieben. Die Zahl der Stadtkämmerer hat sich um ein neues Haupt vermehrt. Stadtbaurat Rospat ist verstorben, Prof. Dr. Färstenau und Stadtrat Wail sind hinzugekommen, so daß Frau Verolina mit sieben Stadtkämmerern in das neue Jahrhundert eingetreten ist. Die Corona der Magistrats-Affessoren ist von 21 auf 20 gesunken, juristische Hilfsarbeiter (Berichte-Affessoren) werden zur Zeit nur drei (gegen sechs im Vorjahre) beschäftigt. Das Verzeichnis der Stadtverordneten ist zwar diesmal vollständig (144 statt 142), leider aber auch schon wieder unrichtig, da es noch die verstorbenen Stadtverordneten Kluth und Seibert aufzählt. Von den einzelnen Abschnitten, die eine erhebliche Vermehrung erfahren haben, sei nur das Verzeichnis der Gemeindefunktionen erwähnt, deren das „Rothbuch“ jetzt 255 aufzählt, also 14 mehr als im Vorjahre.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Wahl je eines Mitgliedes in den Ausschuss für die Wahlen von unbefoldeten Gemeindebeamten, in die Arbeits-haus-Verwaltung, in die Grundeigentums-Deputation, in das Kuratorium der Friedrichs-Thors-Erbschaft, in die Gesundheits-Deputation und in die Anstaltions-Deputation. — Berichterstatter über die Vorlage betr. die Unfallversicherung des Treiberpersonals am städtischen Vieh- und Schlachthof. — Wahl des dritten Beisitzers. — Vorlagen, betreffend: den Erlaß eines Ortsstatuts, betr. die Anstellung der Gemeindebeamten, — die Annahme des Vermächtnisses des verstorbenen Musikverlegers Fritz Simrod für die Zwecke der Stiftung „Kinder-Asyl“, — den dem Gemeindefunktionen beigelegten und den Mitgliedern des Reichstages, sowie den Bevollmächtigten des Bundesrats über-sandten Anlauf zum dem topographischen Bericht über die Verhandlungen; hinsichtlich der im Reichstage gegen die städtische Krankenhäuser-Verwaltung erhobenen Anschuldigungen, — die Teilung der Terrain für den Engrosmarkt der Markthallen und den Schlachthof, — den speziellen Entwurf zur Errichtung zweier Infektionsbaracken auf dem Grundstück der Anstalt Wuhlgarten, — den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Gutsbesitzer für den Gutsbezirk Pflögenitz, — den Abschluß eines Vertrages mit der Gemeinde Treptow wegen Aufnahme der Abwässer aus dem Gemeindegebiet Treptow in eines der Druckrohre der Kanalisation von Berlin — und die Entschädigung für das Grundstück Potsdamerstraße 24/Schöneberger Ufer 26 aus Anlaß der durch den Umbau der Potsdamer Brücke bedingten Höherlegung der Potsdamerstraße und des Schöneberger Ufers. — Bericht erstattung über die Vorlage betreffend die Uebertragung der Deud-

herstellung des Gemeindeblattes und der damit in Verbindung stehenden Drucksachen an die Firma W. Grebe (Inhaber Max Pasch) auf die Dauer von drei Jahren.

Die Verhandlung gegen die früheren Leiter der Spielhagen-Banken wird, wie wir aus juristischen Kreisen hören, die zuständige Strafkammer wochenlang beschäftigen, ohne daß jedoch ein größerer Zeugenapparat erforderlich wäre. Vorläufig sind nur zwei Zeugen und zwei kaufmännische Sachverständige namhaft gemacht. Die Beweismittel werden also wesentlich in dem sachlichen Material, in den vorliegenden Gutachten, Bilanzen, Briefen und anderen Urkunden gesucht. Die in der Reichsdruckerei hergestellte Anlagenschrift hat einen bedeutenden Umfang. Das die, in einem blauen festen Deckel ruhende Heftchen mißt fast an wie ein dem Parlamente vorgelegter „Gesetzentwurf“. Mit einem solchen hat das Kaiserliche Reichsgericht auch die klare, systematische Darstellung gewohnt, die ganz wie ein Gesetz mit einem „allgemeinen Teil“ beginnt.

Ein Druckfehler hat sich in dem in unserer Dienstadtsumme enthaltenen Bericht über die Sitzung des Kuratoriums des Arbeits-hauses und des Obdachs eingeschlichen. Nicht auf dem Bodenraum, sondern im Baderraum soll ein Desinfektionsapparat errichtet werden.

Eine Benzinexplosion fand gestern nachmittags um 6 Uhr auf dem Anhalter Güterbahnhof statt, glücklicherweise ohne daß bei diesem Unfall Menschenleben gefährdet wurden. Ein Güterzug wurde nach der Laderampe rangiert. In dem Zuge befand sich ein eiserner Chemikalienwagen, welcher mit verschiedenen chemischen Stoffen, u. a. auch mit zwei großen Ballons Benzol gefüllt war. Einer der Ballons muß wohl undicht geworden sein, so daß ihm Benzingase entwichen, die sich plötzlich auf unerklärliche Weise entzündeten. In wenigen Sekunden bildete der ganze Wagen ein einziges Flammenmeer, und die Gefahr war eine um so größere, als sich in unmittelbarer Nähe der Brandstätte Kohlen usw. befanden. Trotz der Gefahr, mit welcher eine Annäherung an den brennenden Wagen verbunden war, sprangen mehrere Bahnbearbeiter hinzu und koppelten den Chemikalienwagen ab, der nunmehr nach einem toten Geleise geschafft werden konnte. Kaum hier angelangt, explodierte auch der zweite Ballon Benzol, dessen brennender Inhalt sich zum Teil über die Geleise ergoß. Erst nach einer halben Stunde konnte sich das Personal der Brandstätte so weit nähern, daß durch Ausschütten von Sand der Brand erstickt werden konnte.

Zum Milchstele. Den hiesigen Milchpächtern waren zum 1. April insgesamt 14 000 Liter Milch aus der Umgebung Berlins gefällig geworden, von denen jedoch 8000 Liter durch neue zum Abschluß gekommene Verträge sofort gedeckt wurden, während der Rest von 6000 Litern ebenfalls auf Grund von Verträgen aus der weiteren Umgebung Berlins beschafft werden muß. Die Gesamtpflicht ist hinreichend, um den Insofen des Kampfes zurückgegangenen Bedarf in Berlin vollständig zu decken, so daß ein Milchmangel in diesem Sommer vollständig ausgeschlossen ist.

Fundstücken. Das Polizeipräsidium teilt mit: Berlin, 8. April 1902. Im Fundbureau des Polizeipräsidiums befinden sich wieder diverse, verspätet zur Abgabe gelangte Sachen, u. a. ein vor ungefähr Jahresfrist gefundener größerer Geldbetrag, zwei goldene Damen-Uhren, von denen eine Anfang Februar dieses Jahres auf dem Gumboldbrunnen, die andre bereits im September oder Oktober vorigen Jahres in Berlin W. gefunden worden sind. Beide Uhren sind mit Monogrammen versehen. Ferner befinden sich zwei Brillantringe ebendasselbst in Verwahrung, die beide in hiesigen Restaurants gefunden worden sind und zwar ein Ring mit mehreren Steinen anfangs des vorigen Jahres, der andere mit einem Stein im Januar dieses Jahres. Die Eigentümer der Sachen können sich an Wochentagen zwischen 9 und 11 Uhr im Fundbureau des Polizeipräsidiums, Eingang II, Zimmer 79, melden. Gleichzeitig wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Anzeigen über gefundene Sachen und erzwunglich bei der Polizeibehörde zu erstatten sind. Dieselben werden im Fundbureau selbst oder in sämtlichen Polizei-Revieren entgegengenommen, woselbst den Findern eventuell auch die gesetzlichen Bestimmungen bekannt gegeben werden. Durch Erstattung der Fund- u. Anzeige bei Privat-instituten entzieht sich der Finder nicht der Verpflichtung zur polizeilichen Meldung; eine solche gilt der Behörde gegenüber als nicht erstattet, weshalb in jedem Unterlassungs-falle, wie dies in letzter Zeit wiederholt geschehen, die Schuldigen wegen Fundunterschlagung zur Verantwortung gezogen werden.

Drei Straßenbahnunfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet: Der 59 Jahre alte Straßenwärter Max Niemer aus der Ballstraße 39 stürzte an der Markthallenbrücke Sand und überfuhr trotz Klingelns des Führers und der Zurufe anderer Leute das Geran-nahen eines Ringbahnwagens. Er geriet unter die vordere Plattform und wurde am Kopf so schwer verletzt, daß ihn ein Sanj-mann nach der Charité bringen mußte. — Besser kam ein Kind davon, das von einem Robi in Humboldthaus nach der Straße ge-gangen war, vom Bürgersteig auf den Fahrdamm geriet und von einem Straßenbahnwagen ein Stück Weges geschleift wurde. Es er-litt nur leichte Verletzungen und konnte mit seiner Mutter, einer Schiffsreiferin, wieder heimgehen, nachdem es in der Charité einen Verband erhalten hatte. — Ganz unversehrt blieb eine Frau, die am Rosenthaler Thor unter die Plattform eines Ringbahnwagens geriet. Als man nach langem Mühen den Wagen hoch genug gehoben hatte, sprang sie auf und lief davon.

Der Skelettschädel in der Nohkrasse hat keine Aufklärung ge-funden. Die an der Fundstelle der Knochenreste fortgeführten Nach-grabungen verblieben resultatlos und ebensowenig konnte aus den älteren Polizeianalen das Verschwinden einer Frau mit einem Kind unter Verhältnissen, welche auf ein Verbrechen schließen lassen, er-folgt werden. Da unter den obwaltenden Umständen übrigens fest-steht, daß selbst im Fall eines Todes bereits die Verjährungsfrist abgelaufen und eine Aufklärung nicht, daß der etwaige Mörder noch am Leben, nicht gegeben ist, so hat die Kriminalpolizei das Ermitt-lungsverfahren in dieser Angelegenheit eingestellt.

Mit 76 Jahren! Auf dem Kirchhof vom Tode überrascht wurde vorgestern, Montagmorgen um 7 Uhr, der 76 Jahre alte Wagners-führer der städtischen Straßenreinigung Friedrich Schneider aus der Christburg-straße 32. Der alte Mann erkrankte vor dem Hause Schönhauser Allee 177 plötzlich so schwer, daß man ihn vom Wagen heben und auf den Hausflur betten mußte. Als ein Arzt kam, war er schon tot. Die Leiche wurde nach dem Schanensee gebracht.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden von Mutter und Kind gefunden, aber das vor einiger Zeit berichtet wurde. Die Bierfasserin Luise Matuzewski, die früher mit ihrem Namen und dem zweijährigen Tochter Agnes in der Potsdamerstraße 64 wohnte, hatte von ihrem Namen viel zu leiden, so daß sie ihn ver-ließ und die Scheidungsfrage anknüpfte. Trotzdem verfolgte und mißhandelte sie ihr Mann beständig. Seit dem 1. März war sie mit dem Kinde verschwunden. Gestern wurde das Mädchen von einem Beamten der Strompolizei an der Friedrichsbrücke als Leiche aus der Spree gefischt. Ohne Zweifel hat die bis jetzt noch nicht gefundene Mutter es in das nasse Grab mitgenommen.

Ueber den Wert der kaufmännischen Fortbildungsschulen wird Genosse Kallisch heute abend 9 Uhr in den „Arminhollen“ einen Vortrag halten. Damen und Herren sind als Gäste will-kommen.

Klara Wiebig wird am Donnerstag im Verein „Berliner Waise“ eine bisher noch ungedruckte Gipsbüste „Das Kind und das Bett“ und eine ebenfalls noch ungedruckte Humoreske „Ein Jodel, Bild aus der Provinz Posen“, zum erstenmal vortragen. Auch Anna Ritter,

Die erst kürzlich von schwerer Krankheit genesen ist, wird an diesem Abend eine Reihe von Gedichten zum Vortrag bringen, die in Berlin noch unbekannt sind. Der Vortrag beginnt pünktlich um 8 Uhr im großen Saale des Architektenhauses. Eintrittskarten sind zu haben in den Buchhandlungen von Amelang, Goldammerstr. 126; Lazarus, Friedrichstr. 66; Speyer u. Peters, Unter den Eichen 43; Woyte, Goldammerstr. 13 und im Berliner Verlagsbuchhandlung, Charlottenstr. 37 (Fahrgasse).

Feuerbericht. Ein größerer Dachstuhlbrand kam Montagabend 6 1/2 Uhr in der Waldenstraße 68 zum Ausbruch. Da Mittelfeuer gemeldet war, riefen fünf Löschzüge an, von denen jedoch nur eine Dampfpritze mit zwei Schlauchleitungen in Thätigkeit trat. Da mehrere Bodenbrenner und ein erheblicher Teil des Dachstuhls eingestürzt wurden, so ist der verursachte Schaden erheblich. Zwei Stunden später gingen Ackerstr. 60 Kleidungsstücke und Gardinen in Flammen auf. Um 10 Uhr wurden infolge mehrmaliger Meldung vier Löschzüge nach der Wasserfrontstr. 21 gerufen, doch handelte es sich hier lediglich um einen Schornsteinbrand. Zur selben Zeit erfolgte eine Alarmierung nach Neu-Köln am Wasser, wo angeblich auf einem Spreckelohne Feuer ausgebrochen sein sollte, was jedoch unzutreffend war. Dienstag früh gegen 6 Uhr wurde die Wehr nach der Stallchreiberstr. 59 gerufen. Hier hatte sie in der Nähmaschinenfabrik von Wötter ein Feuer abzulöschen, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Ueber zwei Stunden hatte sie nun hier zu thun, um das Gebälk frei zu legen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Der neugewählte besoldete Stadtrat Heinrich aus Steintin hat gestern seine hiesige Stellung angetreten. — Im südlichen Krankenhaus verstorben ist der Tischler Karl Kessler aus der Ansebeststr. 44, der, wie wir berichtet, von einem Schlaganfall gerührt worden war und mehrere Tage in seiner Junggefallenwohnung hilflos auf dem Fußboden gelegen hatte.

Schöneberg. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung haben die bürgerlichen Vertreter wieder einmal ein großes Verständnis für socialpolitische Fragen entfalt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem eine Petition des Vereins deutscher Kaufleute um den Erlaß eines Ortsstatuts, worin die Arbeit von Angestellten in Fabriken, Engros-, Speculations- und Bankgeschäften, sowie in sämtlichen Bureauräumen an Sonn- und Festtagen für den Stadtkreis Schöneberg gänzlich untersagt wird. Hierzu hatten unsere Vertreter folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordneten-Versammlung möge den Magistrat ersuchen, wegen Erlaß eines gemeinsamen Ortsstatuts für Berlin und seine Vororte bezüglich des Verbotes der Sonntagsarbeit für alle Angestellten und Arbeiter mit den in Frage kommenden Gemeinde-Verwaltungen in Verhandlung zu treten.“ Statt nun sachlich auf den von unsren Parteigenossen v. Frankebrunn vorgebrachten Antrag einzugehen, verhielten sich die Gegner mit allerhand Winkelzügen darüber hinwegzusehen. Stadtverordneter v. Frankebrunn erklärte u. a., daß wir schon viel zu viel Sonntagsruhe hätten. Daraus wurde unsren Genossen die weitere Besprechung durch Schluß der Debatte abgebrochen und die Petition mitsamt unserm Antrage gegen die Stimmen unsrer Vertreter und des Stadts. Dr. Richter, der die Sache dem Magistrat zur Erwägung überwies wissen wollte, bei 51 Anwesenden abgelehnt. Die Absender der Petition können sich bei den bürgerlichen Stadtverordneten für ihre Forderung bedanken.

Eine unverhältnismäßig lange Debatte entspann sich bei der Besprechung des Antrages v. a. u. h. und Genossen über die Aufstellung eines Stenographen. Der hohen Kosten wegen — zusammen mit der Verdübelung dürften sich die Kosten auf gut 8000 M. belaufen — wurde auch dieser Antrag abgelehnt.

Im Laufe des Frühjahrs sollen folgende Straßen neu gepflastert werden, wozu die erforderlichen Kosten im Gesamtbetrage von 232 000 M. bereits in den Etat eingestellt sind: Marxstraße, Barbarossastraße (zwischen dem fertigen Teile und der Holzstraße), Gothaer, Wartburg, Apostel Paulus, Belgier- und Eisenacherstraße. Mit Ausnahme der Barbarossastraße werden sämtliche genannte Straßen asphaltiert.

Sodann genehmigte die Versammlung noch den Abschluß eines Vertrages mit dem Eisenbahn- und Militärklub wegen einer unter der Anhalter, Dresdener- und Militärbahn im Zuge der neuen Schöneberg-Tempelhof Verbindungstraße zu erbauenden Unterführung.

Lichtenberg. Der Kommunal-Wahlkampf, der nun seit Jahr und Tag sich hier abspielt, ist gestern durch den Bezirksauschuss in Potsdam zum vorläufigen Abschluß gekommen. Vier Mandate unsrer Parteigenossen und zwar die von Wehlsch, Kette, Bedemeyer und Grauer sind für ungültig erklärt worden. Der unter freisinniger Führung stehende Bürgerverein hat die Klage des Angestellten der Anilinfabrik Kammelsburg, Reifner, zu der seinigen gemacht und nun ein obigesendes Erkenntnis erstritten. Ein neues Ruhegeldblatt unsrer „Liberale“! Der Bezirksauschuss hat mit der ersten Instanz dahin erkannt, daß der Gemeinde-Vorstand beim Ausschreiben der Wahl insofern gefehlt hat, als von ihm nicht angegeben wurde, in welchem der vier Kommunal-Wahlbezirke „Angehörige“ zu wählen seien. Genosse Grauer, der die Verfassungsklage vertrat, erreichte aber, daß das Klage-Objekt von 8000 M., wie es der Kreisauschuss festgesetzt hatte, auf 4000 M. ermäßigt wurde und nicht, wie vorher, zu gleichen Teilen auf die vier Bezirke vertheilt, sondern dem besagten Gemeindevorsteher auferlegt wurde und somit außer Ansatz bleibt. Auf die Verhandlung selbst, der auch der Regierungspräsident beizuohnte, werden wir, wenn das Erkenntnis vorliegt, näher eingehen.

Zu dem Weberschen Schiedrama in Stahnsdorf. Bei welchem der frühere Gastwirt Franz Weber seine Gattin mit vier Schiffen vermurdete und sich selbst erschoss, sendet uns jetzt der ko-Verichterstatter eine längere Mitteilung, in der er seine damaligen Angaben berichtet. Wir haben letztere, weil ungläubig, zum Teil gar nicht berücksichtigt und nur die, welche die That zu erklären schienen, als Gerüchte unsren Lesern mitgeteilt. Als solche sind nun auch diese erwiesen, denn der Verichterstatter schreibt jetzt: Die Angaben über Liebeshandlungen der Frau sind auf eine schier beispiellose Klatschfertigkeit über gestimmter Dornblüthen zurückzuführen, denen die an Bildung und Umgangsformen überlegene junge Frau, zumal diese sich jeder Anstrengung möglichst entzog, ein Dorn im Auge war.

Aus Spandau schreibt man uns: Sehr übertrieben war die Mitteilung einer Korrespondenz über den „Kraut- und Rüben“ in Spandau. Am Sonnabend hatten sich auf dem Udenpau in Spandau eine Anzahl junger Burschen zusammengefunden, welche allerhand Mollizien trieben; bald hatte sich eine Anzahl Reuglerier, die nirgends zu fehlen pflegen, eingefunden, und der ganze Haufe, höchstens 200 Personen, zog nun jubelnd und singend über den Markt an der Polizeiwache vorbei nach dem Kaiser Friedrich-Denkmal, wo ein patriotisches Lied gesungen wurde. Die wenigen Radwachter und der herbeieilende Nachwachmeister Beigt vermochten nichts auszurichten, letzterer soll durch einen Steinwurf unversehrt an einem Bein verletzt worden sein. Erst als ein mit seiner Frau die Straße passirender Offizier von den Burschen belästigt wurde, requirierte dieser eine Militärpatrouille, welche im Verein mit den Wächtern die Menge zerstreute. Daß die Polizei selbst diesen Vorgang für nichts andres hielt als einen „Auflauf“, dürfte wohl daraus hervorgehen, daß zunächst sämtliche Sittliche nach Feststellung der Personalien sofort wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Erst als der verhaftete Hauptverursacher Müller das Standartenfortschritt, wurde er zum 3. Male in die Arrestkammer und am andern Tage dem Amtsgerichte zugeführt. Unwahrscheinlich die Meldung, es seien viele „Arbeitslose“ unter den Barmhaken gewesen und es seien Aufseher gefallen: Wir wollen Arbeit. Daß Steine gegen die Thüre der Polizeiwache geschleudert sein sollen, davon wissen hier wohl die beteiligten Beamten selbst nicht das mindeste. Im ganzen mag die Zahl der Straftäter vielleicht 30—50 betragen haben.

Ausdehnung der Orts-Briefstange. Der Geltungsbereich der Orts-Briefstange auf Nachbar-Postorte erfährt sodann eine Reihe von

wichtigen Erweiterungen. Im Berner Bezirk wird die gemeinsame Orts-Briefstange Groß-Berlins auf 17½ ausgedehnt, das bisher nur mit Rixdorf gemeinsame Orts-Briefstange hatte. Rix bei Berlin, wie der Bezirk postlich genannt wird, hat jetzt gemeinsame Orts-Briefstange mit folgenden Orten: Baumfuhlenweg, Berlin, Charlottenburg, Friedenau, Friedrichsberg, Grunewald, Halensee, Lichtenberg, Neu-Lichtenberg, Neu-Weißensee, Nieder-Schönhausen, Pantow, Pöhlensee, Reinickendorf Ost und West, Mümmelsburg, Schmargendorf, Schöneberg, Trepfen, Westend, Wilmersdorf und selbstverständlich Rixdorf. Gleichzeitig wird die Ausdehnung der gemeinsamen Orts-Briefstange auf Groß-Lichterfelde und Südenbe, die noch nicht bekannt gegeben war, in das Verzeichnis der Nachbarpostorte aufgenommen. Es ist wohl nur ein Versehen, welches bald gut gemacht wird, daß nicht auch Steglitz mit in die Orts-Briefstange einbezogen ist.

Sociales.

In Erregung der Unzufriedenheit können die Unternehmer jetzt ansetzen gar nicht genug thun. So ist z. B. im Allgemeinen Anknappungsverein der Unwillie der Arbeiter groß wegen der schädlichen Reformen, welche dort die Werkvertreter durchzusetzen wissen; dabei wird sogar das Reichsgericht „korrigiert“. Durch Urteil dieses Gerichts ist festgelegt, daß Unfallinvaliden das Kindergeld auf die Unfallrente nicht in Anrechnung gebracht werden darf. Nimmehr erhielten die betr. Unfallinvaliden von der Berufsgenossenschaft die Mittelung, die Anknappungskasse verlange Ueberweisung nicht nur der Unfallrente, sondern auch des Kindergeldes. Falls die Betroffenen mit der Ueberweisung sich nicht einverstanden erklären, wird die Berufsgenossenschaft die Beträge bei der Regierungskasse deponieren. Zu der Aufrechnung des Kindergeldes hat die Anknappungskasse, wie bereits bemerkt, gar kein Recht und wahrscheinlich würde die Berufsgenossenschaft das Verlangen, das Kindergeld in Bezug zu bringen, auch ignorieren, wenn die Interessen nicht so nahe zusammenhängen. Wie verlautet, will die Anknappungskasse nur denjenigen Invaliden das Kindergeld auszahlen, welche das erwählte Urteil erstritten haben, im weiteren aber in jedem einzelnen Falle es auf eine Entscheidung ankommen lassen. Sollte sich dies bewahrheiten, dann dürfte es doch Sache der Aufsichtsbehörde sein, der Chikanierung der armen Invaliden und der Verschwendung von Anknappungsgeldern für Prozesse vorzubeugen!

Aus der Frauenbewegung.

Für die „Christlichen Mädchenheime“ wird vielfach in bürgerlichen Kreisen Klage gemacht und alleinsehen Mädchen empfohlen, dieselben aufzunehmen. Eine Arbeiterin, die sich durch diese Klage verleiten ließ, ein solches Heim aufzunehmen, schildert nun in unserem Arbeiter-Parteiblatt die wahren Verhältnisse in demselben: Die Mädchen werden von der Außenwelt fast gänzlich abgeschlossen und haben eine sehr strenge Hausordnung, deren Uebertretung keines der Mädchen wagen darf. Die Mädchen haben aber auch unter einer unumgänglichen langen Arbeitszeit zu leiden. Sie haben nämlich den ganzen Tag in der Fabrik zu arbeiten und der Unterricht in der Hauswirtschaft, Handarbeiten etc. wird erst nach Beendigung der Arbeitszeit erteilt. Der „Unterricht“ besteht aber in der Verrichtung häuslicher Arbeiten (!), so daß ungefähr eine Arbeitszeit von 17 bis 18 Stunden täglich herauskommt. Jedes Mädchen, welches Lust verspürt, diesen Forderungen zu folgen, wird ebenfalls auf ihn, gerade wie bei jeder andern Dienstvermittlung, sich über die Verhältnisse erst eingehend zu informieren, ehe es auf den Heim hüft.

Gerichts-Beitrag.

Ohne Gewissen scheint der frühere Eisenbahn-Affizient Friedrich Wilhelm Westphal zu sein, welcher gestern wegen einer ganzen Reihe verschiedener Vergehen und Verbrechen vor dem ersten Strafkommer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte war nach Beendigung seiner Dienstzeit einig Jahre Kanzlist in Magdeburg und ging im Jahre 1894 zum Eisenbahndienst über. In Magdeburg hatte er ein junges Mädchen kennen gelernt, welches eine Wittifin von beinahe 50 000 M. in die Ehe brachte. Dies wurde für den Angeklagten ein Unglück. Er ließ sich in allerlei zweifelhaften, wucherischen Geldgeschäften ein mit dem Erfolge, daß er nach einigen Jahren das Geld seiner Ehefrau verloren hatte. Diese Geldschäfte gaben auch die Veranlassung, daß der Angeklagte im September 1899 endgültig aus dem Eisenbahndienste entlassen wurde. Er hatte seine Ehefrau stets sehr schlecht behandelt und sich in lockerer Gesellschaft bewegt, der er große Opfer brachte. Sie mußte schließlich als Arbeiterin in einer Zuckerrübenfabrik in der Nähe ihrer Heimat ihren Unterhalt verdienen und hat von ihrem sonderbar verdienten Lohn noch ihren Mann unterhalten, der sich beschäftigungslos in Berlin aufhielt. Es gelangten Briefe von ihr an ihren Ehemann zur Verlesung, worin sie ihm in krafter Form die ganze Niedrigkeit seiner Gesinnung und die Gemeinheit seines Charakters vor Augen hielt. In den Jahren 1900 und 1901 hatte der Angeklagte sich durch Heiratschwindel über Wasser gehalten und dadurch ein stotteres Leben geführt. In der gestrigen Verhandlung, die vom Landgerichtsdirektor v. Winterfeldt geleitet wurde und in welcher Staatsanwalt Ellenbe die Anklage vertrat, wurden zunächst die Heiratschwindel erörtert. Sechs Mädchen bezog. Witwen traten gegen den Angeklagten auf, die von ihm in der schamlosesten Weise ausgebeutet worden waren. Sie hätten ihn teils durch Heiratsannoncen, teils gelegentlich auf der Straße oder in Lokalen kennen gelernt. Ohne dazu befaßt zu sein, bewegte sich Westphal nach wie vor in Uniform. Er erklärte stets, daß er noch im Dienste und unverheiratet oder Witwer sei, verpackt den wahren Namen schon beim ersten Zusammenreffen die Ehe und verstand es dadurch, sie zu jedem Opfer zu bewegen. Aus seiner früheren „guten“ Zeit besaß er noch Schuldscheine und wertvolle Dokumente, mit denen er den bestohlenen „Bräuten“ Sand in die Augen zu streuen wußte, er wollte Hausbesitzer sein und beträchtliche Guthaben bei der Bank besitzen. Durch alle diese Vorspiegelungen wußte der Angeklagte seine Opfer zu bewegen, ihm ihre Ersparnisse anzuvertrauen, die er in der leichtsinnigsten Weise verjubelte. Eine Postkassens-Witwe prellte er um 554 Mark, einige junge Mädchen opferten ihm weit höhere Beträge. In einem Falle vertraute ihm ein Mädchen ihr Sparkastenbuch an und erteilte ihm die Erlaubnis, darauf 100 Mark abzuholen. Der Angeklagte hob den ganzen Betrag ab und beging dabei eine Urkundenfälschung, indem er mit dem Namen der Inhaberin quittierte. Als die Betrogene Anzeige erstattete, verfaßte der Angeklagte ein Schriftstück, worin die Zeugin an Eidesstatt versicherte, daß der Inhalt ihrer Anzeige nicht der Wahrheit entspreche und sie dem Angeklagten einen Vorwurf nicht machen könne. Sie erklärte auch, daß sie dies besorgenen wolle. Die Zeugin weigerte sich, dies wahrheitswidrige Schriftstück zu unterzeichnen. Außer diesen Straftaten sollte der Angeklagte sich in vielen Fällen des Betruges durch Krediterschwindeln schuldig gemacht haben. Die zusammen ergaunerten Beträge beliefen sich auf Laufende. Der Angeklagte verfuhr nach dem Prinzip: „Si sociati noga“, er stellte jede ihm zur Last gelegte Straftat in Abrede und ließ es auf die umfangreiche Beweisaufnahme ankommen. Der vielen Zeugen wegen mußte die Verhandlung im kleinen Schwurgerichtssaal stattfinden. Unerschöpflich war der Angeklagte in neuen Erfindungen, wenn es sich darum handelte, Darlehne zu erschwindeln. Bald hatte er sieben ein Haus gekauft und zur Zahlung der Kosten stellte ihm ein kleiner Betrag, bald war er Kriminalbeamter, der schleunigt nach Breslau müßte, um einen zu verhaften und gerade nicht mit genügenden Reifmitteln versehen sei usw. Zumeist waren Restaurateure die Geschädigten. Als der Angeklagte erfuhr, daß er von der Behörde gesucht wurde, zog er unter fremden Namen von Hotel zu Hotel und verhielt sich heimlich, ohne zu bezahlen. Während Westphal sich im Untersuchungsgefängnis befand, versuchte er einen Aufseher zu bereuen, ihm heimlich zwei Briefe zu besorgen, wofür er ihm eine reiche Geldbelohnung in Aussicht stellte.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Jahren Zuchthaus, 10jährigen Ehrverlust und 900 M. Geldstrafe oder noch 60 Tage Zuchthaus.

Das Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus, 900 M. Geldstrafe und 10jährigen Ehrverlust.

Aus München wird berichtet: Im Oktober v. J. hatte der Stationsvorsteher Stadler in Formid bei München Nachdienst. Der Zugführer Braun des von Mitternacht einbrechenden Güterzuges fand niemand vom Dienstpersonal vor und die Bureauhäufe verriegelt. Er nahm notwendige Rangiermanöver vor, um einen Wagen abzustößen, und klopfte dann an die Bureauhäufe, um den vermeintlich schlafenden Stationsvorsteher zu wecken und seine Papiere behufs Weiterfahrt anzufertigen zu lassen. Da krochte aus dem Inneren des Dienstbureaus ein Schakel und Braun sank durchs Herz getroffen tot zusammen. Man öffnete Stadler, der durch die Thür geschossen hatte, und war sehr befürgt über das von ihm angerichtete Unheil. Zu seiner Entschuldigang gab er an, er sei wegen eines auf ihn vor 14 Tagen nachts im Dienstbureau verübten erfolglos verlaufenen Ueberfalles erregt gewesen, habe deshalb ein geladenes Gewehr zu seinem Schutz mit in das Dienstzimmer genommen, das Klopfen an der Thür für einen neuen Ueberfall gehalten und in der Verwirrung geschossen. Stadler stand deshalb heute vor dem Landgericht unter der Anklage der fahrlässigen Tötung, wurde jedoch freigesprochen. Er verteidigte sich, wie vorstehend angegeben wurde, will aber nicht geschlafen haben, als der Zug einfuhr.

Vereinskalendar.

Cessantliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann, Algenrodenstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 430 Bogen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Erster Vorsitzender Julius Meyer, Fichteplatz 27. Erster Kassierer: Seifrit, Fichteplatz 16. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Panzigerstr. 33. **Mittwoch.** Uebungsstunde abends 9 Uhr, Kuchenhof von Wittigsdorn. — „Vereinsfeier“ I. — „Vereinsfeier“ II. — „Norddeutsche Schiffe“, Nippes, Westhorstr. 15. — „Vereinsfeier“ I. (1865), Volkshilfslager, Adalbertstr. 21. — „Deutsche Vögel“, Zimmermann, Grünweg 29. — „Allegro“, Beigel, Brangelstr. 136. — „Gleichheit“, Kamlow, Schönhauser Allee 135. — „Schneeglöckchen“, Rixdorf, Röhre, Gernmann und Karlsgartenstr. 66. — „Hoffnung“, Brandenburg a. S., Wuthenow, Wredowstr. 17. — „Vergil“, in der Vorstadt, Bürgerstr. 4. — „Morgenröth“, Charlottenburg, Vorkamp, Seelenbinderstr. 11. — „Heimatliche“, Köpenick, Meyer, Rosenstr. 101. — „Wacht auf“, Jungmann, Weidenburgerstr. 47. — „Treu und fest“, Kinast, Jordenstr. 9. — „Jugend“, Stogly, Kramer, Markstr. 1. — „Vereinsfeier“ II, Dorn, Turmstr. 69. — „Welter“, Bauer, Rosenthalerstr. 57. — „Garten“, Wilhelm, Putzstr. 22. — „Linde“, Reimann, Wolfenbüttelstr. 44. — „Friedrichshagen“, Friedrichshagen, Conrad, Friedrichstr. 158. — „Frisch auf“, Bornim, in der Krüger, Parkstr. 5. — „Arbeiter-Vereinsverein“, Schumann, Alsterstr. 85. — „Freundschaft“, Doye, Stralauer Platz 10/11. — „Zimmerer“, Friedrichsberg, Hüper, Brunnstr. 181. — „Relibia“, Kraus, Wunderstr. 8. — „Fortschritt“, Fährtenhof, Köpenickerstr. 137/138. — „Freie Sänger“, Rixdorf, Kramer, Hermannstr. 199. — „Gleichheit“, Charlottenburg, Weidlich, Bismarckstr. 34. — „Dornrose“, Kamlow, Wredowstr. 47. — „Hoffnung“, Spandau, Radde, Reumeyerstr. 5. — „Sattler“, Adalbertstr. 62. — „Kote Rose“, Wilmanns, Prinzen-Allee 21. — „Eis-Weiß“, Hild, Simonstr. 23. — „Klub“, Sonnenstr. 17. — „Centralverein“, Wollmannstr. 110. — „Lied hoch“, Ad. Reumann, Brunnenstr. 150. — „Gemeinschaft der Arbeiter“, Nippes, Fichteplatz 2. — „Kottbuser Harmonie“, Wöhring, Adalbertstr. 18 a. — „Reconit“, Charlottenburg, Fichte, Ostendstr. 1. — „Bornim VII“, Wilmanns, Wollmannstr. 110. — „Wollmann“, Wollmannstr. 110. — „Bornim VIII“, Friedrichsberg, Fritz Haberstr. 38. — „Frisch“, Balzer, Grünauerstr. 14. — „Sängertrupp“, Wollmann, Schillingstr. 36. — „Wach auf“, Fritz, Wollmann, Fichte, Wollmannstr. 110. — „Kote Rose“, Brunnenstr. 150. — „Unvergessen“, Salzweberstr. 16. — „Relibia“, Steinmühlstr. 113. — „Karlshof“, Karlshof, Wredow-Allee 75. — „Liberty“, Panzerstr. 8. — „Mollmann“, Wollmannstr. 110. — „Fichte“, Friedrichsberg.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Weidmann, Vorkampstr. 44, IV. **Mittwoch:** „Kottbuser Harmonie“, Wöhring, Adalbertstr. 18 a. — „Wollmann“, Wollmannstr. 110. — „Bornim VII“, Wilmanns, Wollmannstr. 110. — „Bornim VIII“, Friedrichsberg, Fritz Haberstr. 38. — „Frisch“, Balzer, Grünauerstr. 14. — „Sängertrupp“, Wollmann, Schillingstr. 36. — „Wach auf“, Fritz, Wollmann, Fichte, Wollmannstr. 110. — „Kote Rose“, Brunnenstr. 150. — „Unvergessen“, Salzweberstr. 16. — „Relibia“, Steinmühlstr. 113. — „Karlshof“, Karlshof, Wredow-Allee 75. — „Liberty“, Panzerstr. 8. — „Mollmann“, Wollmannstr. 110. — „Fichte“, Friedrichsberg.

Gesang, Turn- und geistliche Vereine. **Mittwoch:** Theaterverein „Zell“, Jordenstr. 9. — „Dramatische Vereinigung“, Zukunft, Königsplatz, Glog. Badstr. 1. — „Verein der Aquarienfreunde“, Wollmannstr. 110. — „Kottbuser Harmonie“, Wöhring, Adalbertstr. 18 a. — „Wollmann“, Wollmannstr. 110. — „Bornim VII“, Wilmanns, Wollmannstr. 110. — „Bornim VIII“, Friedrichsberg, Fritz Haberstr. 38. — „Frisch“, Balzer, Grünauerstr. 14. — „Sängertrupp“, Wollmann, Schillingstr. 36. — „Wach auf“, Fritz, Wollmann, Fichte, Wollmannstr. 110. — „Kote Rose“, Brunnenstr. 150. — „Unvergessen“, Salzweberstr. 16. — „Relibia“, Steinmühlstr. 113. — „Karlshof“, Karlshof, Wredow-Allee 75. — „Liberty“, Panzerstr. 8. — „Mollmann“, Wollmannstr. 110. — „Fichte“, Friedrichsberg.

Arbeiter-Turnerbund. **Mittwoch** und **Sonnabend:** Turnverein „Fichte“, Berlin, abds. von 8—10 Uhr: 1. Männer-Abt. Fichteplatz 37. 2. Männer-Abt. Fichteplatz 17/20. 3. Männer-Abt. Fichteplatz 13/12. 4. Männer-Abt. Fichteplatz 36/37. 5. Vertheilung der Fichteplatz 55/56. 4. Vertheilung der Fichteplatz 30 (Wollmann). 5. Vertheilung der Fichteplatz 67.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen sind zu richten an G. Brahe, Panzerstr. 21. **Mittwoch:** Nord, Uebungsstunde abends 7 1/2 Uhr im Admiralsgarten, Friedrichsberg. — „Wollmann“, Wollmannstr. 110. — „Bornim VII“, Wilmanns, Wollmannstr. 110. — „Bornim VIII“, Friedrichsberg, Fritz Haberstr. 38. — „Frisch“, Balzer, Grünauerstr. 14. — „Sängertrupp“, Wollmann, Schillingstr. 36. — „Wach auf“, Fritz, Wollmann, Fichte, Wollmannstr. 110. — „Kote Rose“, Brunnenstr. 150. — „Unvergessen“, Salzweberstr. 16. — „Relibia“, Steinmühlstr. 113. — „Karlshof“, Karlshof, Wredow-Allee 75. — „Liberty“, Panzerstr. 8. — „Mollmann“, Wollmannstr. 110. — „Fichte“, Friedrichsberg.

Feste und Festschmaus. **Mittwoch.** Socialklub „Bornim“, Charlottenburg, Ostendstr. 1. Jeden Mittwoch: Dischmann.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“. Gau 9 (Voss, Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen den Bund betreffend sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Hücher, Berlin NW, Waldstr. 8. **Mittwoch:** „Bornim“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. Waldstr. 8. — „Conter 1900“, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. Schönhauser Allee 28. — „Stern“, Schillingstr. 36. — „Voran“, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. Waldstr. 8. — „Friedrichsberg“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. Waldstr. 8. — „Wollmann“, Wollmannstr. 110. — „Bornim VII“, Wilmanns, Wollmannstr. 110. — „Bornim VIII“, Friedrichsberg, Fritz Haberstr. 38. — „Frisch“, Balzer, Grünauerstr. 14. — „Sängertrupp“, Wollmann, Schillingstr. 36. — „Wach auf“, Fritz, Wollmann, Fichte, Wollmannstr. 110. — „Kote Rose“, Brunnenstr. 150. — „Unvergessen“, Salzweberstr. 16. — „Relibia“, Steinmühlstr. 113. — „Karlshof“, Karlshof, Wredow-Allee 75. — „Liberty“, Panzerstr. 8. — „Mollmann“, Wollmannstr. 110. — „Fichte“, Friedrichsberg.

Central-Turnerbund. Zuschriften sind an Reich, Rixdorf, Juliusstr. 26, zu richten. **Mittwoch:** „Bornim“, Rixdorf, Prinzen-Dandierstr. 70. — „Gemeinschaft“, Rixdorf, Fichteplatz 17. — „Friedrichsberg“, Rixdorf, Röhrestr. 18. — „Fidele Wäucher“, Rixdorf, Hermannstr. 34. — „Gemeinschaft“, Schöneberg, Brunnenstr. 117. — „Klotz“, Stogly, Wollmannstr. 32. — „Fidele Wäucher“, Stogly, Markstr. 1. — „Gleichheit“, Friedenau, Alsterstr. 1. — „Blau-Weiß“, Wilmersdorf, Waldstr. 66. — „Wollmann“, Wilmersdorf, Umland- und Glognerstr. 66. — „Friedrichsberg“, Schöneberg, Sedanstr. 60. — „Fidele Wäucher“, Rixdorf, Hermannstr. 34. — „Kottbuser Harmonie“, Wöhring, Adalbertstr. 18 a. — „Wollmann“, Wollmannstr. 110. — „Bornim VII“, Wilmanns, Wollmannstr. 110. — „Bornim VIII“, Friedrichsberg, Fritz Haberstr. 38. — „Frisch“, Balzer, Grünauerstr. 14. — „Sängertrupp“, Wollmann, Schillingstr. 36. — „Wach auf“, Fritz, Wollmann, Fichte, Wollmannstr. 110. — „Kote Rose“, Brunnenstr. 150. — „Unvergessen“, Salzweberstr. 16. — „Relibia“, Steinmühlstr. 113. — „Karlshof“, Karlshof, Wredow-Allee 75. — „Liberty“, Panzerstr. 8. — „Mollmann“, Wollmannstr. 110. — „Fichte“, Friedrichsberg.

Table with weather forecasts for various stations including Hamburg, Berlin, and other cities, listing temperature and wind conditions.

Wann wir unsere Lesern die Anschaffung derselben nur empfehlen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Kritik des radikalen Sozialismus. Studie von Pastor Böttger. Preis 20 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Achtjähriger Absonner. Eine Kapitalabsonnerung an Stelle der Unfallrenten...

wirtschaft. Schule des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus anlässlich zu entscheiden. Sie beträgt für die von einer Gewerbetreibenden beizuliegenden...

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 9. April 1902. Rülh und veränderlich, vielfach wolfig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Eingegangene Druckschriften.

„Den Jüngern gewidmet!“ So lautet die Aufschrift auf der soeben erschienenen Nummer des „Wahren Satzes“ der Nr. 8 seines 19. Jahrganges.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 9. April. Opernhaus, Der Wald. Der Barbier von Bagdad. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus, Das große Licht.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.

Castans Panopticum. Friedrich-Strasse 105. Zwergin mit ihrem Kinde. Der Boerenkrieg.

Metropol-Theater. Emil Thomas a. G. Henry Bender Josef Josephi. Die wahre Liebe ist das nicht.

Thalia-Theater. Dredenerstraße 72/73. Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr: Seine Kleine.

Belle-Alliance-Theater. Heute zum 106. Mal: Die Dame aus Trouville.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Hanneemann vom Viehhof.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang Wochent. 8 Uhr.

Schall und Rauch (Kleines Theater). Unter den Linden 44. Mittwoch, 9. April, abends 8 1/2 Uhr.

Apollo-Theater. Anfang 8 Uhr: Lysistrata. Ausstattung - Operette von Paul Lincke.

Casino-Theater. Voßringstr. 37. Gastspiel Antonis Agoston in „Berlin auf Stelzen“.

Palast-Theater (früher Fern-Palast). Burgstr. 22. Das Rosen-April-Programm: Täglich Gastspiele.

Passage-Theater. Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5, Ende 11 Uhr. Emilie Carola.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16. Eine Tochter des Südens.

Sanssouci. Kothenstr. 4a. Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag: Hofmanns Norddeutsche Sänger.

Cirkus Busch. Mittwoch, 9. April, abends 7 1/2 Uhr: Klondike.

Grosse Fänge! Seefische billig! Schellfische in allen Größen 20-30 Pf. Cabliau 20 Pf. Seelachs 20 Pf.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten J. H. Härt.

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsort Berlin. Internationale Konzerte.

Steppdecken. kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik.

Honig! Unverfälscht, deutschen Ursprungs. E. Reil, Nordhof, Bahndorf.

3 Säle. Sonnabends und Sonntag im April frei. Alexanderstr. 27c. Zähne Nr. 2 an beliebige Teilzahlung.

Todes-Nachricht. Sonntag, den 6. April, morgens 8 1/2 Uhr, entschlief nach kurzem Leiden mein lieber Mann.

Typographia. Am Sonntag, den 6. April, bezog ich unter der Leitung meiner lieben Gattin und Kollegen.

Fritz Preuss. Belle-Alliancestrasse 74a. Gute Bergmannstraße. empfiehlt Freunden und Bekannten sein Restaurant.

Seltene Angebote von Teppichen, Gärten, Portieren, Tischdecken, Divandeecken, Läuferzeugen.

S. Abraham, Spandauerstr. 36/39. am Molkenmarkt. Zu kaufen gesucht 1 „Neue Zeit“ 1898/99.

Ernst Mönke. im Alter von 43 Jahren. Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen.

Ernst Mönke. Ein bleibendes Andenken ist ihm bei den Mitgliedern gesichert. Zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung erwünscht.

Paul Lehmann. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Kirchhofs.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Stadtarbeiter Paul Lehmann am 6. April verstorben ist.

Todes-Anzeige. Am 7. April entschlief sanft nach kurzen, aber schweren Leiden meine innigstgeliebte Tochter Marie.

